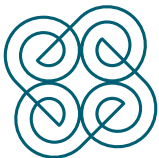


960 Milliarden Euro starkes EU-Budget für Investitionen 2014-2020 • 8 Milliarden Euro für Jugendbeschäftigung • Mandat für EU/US Handelsabkommen mit enormem Beschäftigungspotenzial • 2 Milliarden Euro Fonds für KMU • Fokus auf chancenreichen digitalen Sektor • Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik • Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik • EU-weite Anerkennung von Berufsqualifikationen • sicherere, stärkere, besser regulierte Banken • Deckelung von Bonuszahlungen an Bankiers • Atlantik-Forschungsallianz • Eine neue EU-Umweltstrategie • Besserer Zugang zu öffentlichen Aufträgen mit einem Volumen von 2 Billionen Euro für KMU • Arbeitssicherheitsmaßnahmen • neue Leitlinien für EU-Verkehrsinvestitionen • Häusliche Gewalt: neue zivilrechtliche EU-weite Schutzanordnung • neue Hypothekarkreditrichtlinie • Reisepass für Haustiere • Schwerpunkt Hunger und Klimagerechtigkeit • 70 Mrd Euro für europäische Innovation • Schutz vor Pandemien • 16 Mrd Euro für Erasmus+ Programm für Bildungsmobilität • 3 Mrd für Umweltprojekte • Striktere Regeln für Tabakprodukte



Uachtaránacht na hÉireann ar
Chomhairle an Aontais Eorpaigh
Irish Presidency of the Council
of the European Union

eu2013.ie

Inhalt

Einleitung: Ein Ratsvorsitz der Resultate – Für Stabilität, Arbeitsplätze und Wachstum	4
Reale Ergebnisse – für Stabilität	4
Reale Ergebnisse – für Arbeitsplätze und Wachstum	4
TEIL I: Zusammenfassung der Errungenschaften	7
1. Stabilität in Europa sichern	9
Bankenunion: Stärkung der Stabilität und Vertrauensbildung	9
Haushaltspolitische Überwachung	11
Stärkere Regulierung des Finanzsektors	12
Steuern	16
EU-Budget	18
2. Investition in nachhaltige Arbeitsplätze und Wachstum	19
960 Milliarden Euro für Investitionen in Arbeitsplätze und Wachstum: Der Mehrjährige Finanzrahmen 2014-2020	21
Stärkung des digitalen Binnenmarkts – für einen starken Binnenmarkt in der Zukunft	23
Intelligentes Wachstum – Forschung und Innovation fördern	26
Erschließung des Potenzials von KMU und europäischen Unternehmen	29
Stärkung der Jugend in Europa: gegen Jugendarbeitslosigkeit – für Ausbildung & Weiterqualifizierung	33
Förderung besserer Beschäftigungsaussichten durch Weiterqualifizierung und Umschulung	34
Förderung von Mobilität	35
Eine saubere, ökologische und nachhaltige Zukunft für Europa	36
Gesundheitsschutz und Sicherheit gewährleisten	40
Gewährleistung der Sicherheit und Nachhaltigkeit des europäischen Agrar-, Nahrungsmittel- und Fischereisektors sowie seiner ländlichen und küstennahen Gemeinschaften	42
Ein saubereres, ökologischeres und sichereres Verkehrsnetz für Europa	45

3. Europa und die Welt	49
Förderung von Arbeitsplätzen und Wachstum durch Außenhandel	49
Förderung von Frieden und Demokratie in Europa und seinen Nachbarstaaten	51
Unterstützung des weltweiten Friedens und der Sicherheit	53
Bekämpfung der Auswirkungen des Klimawandels	59
Externe Dimension des Politikbereichs Justiz und Inneres	61
Erhöhung der Sicherheit in Europa – Bekämpfung von schwerer Kriminalität und Terrorismus	62
Schengen	66

4. Europa für Bürgerinnen und Bürger	67
---	-----------

Teil II: Unter irischen Ratsvorsitz erzielte Ergebnisse nach Ratsformationen	71
Allgemeine Angelegenheiten (RAA)	72
Rat für Auswärtige Angelegenheiten (RAB)	72
Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN)	75
Justiz und Inneres (JI)	77
Landwirtschaft und Fischerei (AGRIFISH)	80
Wettbewerbsfähigkeit (COMPET)	82
Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO)	86
Umwelt (ENVI)	88
Transport, Telekommunikation und Energie (TTE)	91
Bildung, Jugend, Kultur und Sport (BJKS)	93

Teil III: Kulturprogramm des irischen Ratsvorsitzes	95
--	-----------

Teil IV: Der irische Ratsvorsitz in Zahlen	101
---	------------

Einleitung: Ein Ratsvorsitz der Resultate – Für Stabilität, Arbeitsplätze und Wachstum

Als wir im Januar dieses Jahres unser Programm veröffentlicht haben, haben wir gesagt, dass der irische EU-Ratsvorsitz 2013 sich auf reale, greifbare Entscheidungen zur Sicherung der Stabilität und zur Förderung von Arbeitsplätzen und Wachstum konzentrieren würde. Kurz gesagt, es ginge um Handeln, nicht um Worte. Am Ende des Ratsvorsitzes soll nun dieser Bericht darlegen, was in Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedsstaaten, unseren Kollegen in den EU-Institutionen und anderen Stakeholdern erzielt werden konnte.

Von Anfang an hatten wir uns bei der Auswahl unserer politischen Prioritäten eine einfache, aber wichtige Frage gestellt – wird das einen Unterschied machen? Eine Ratsvorsitzperiode von sechs Monaten kann nicht im Alleingang die Union verändern, aber eine Reihe von wichtigen Entscheidungen sind in dieser Zeit getroffen worden, viele davon unterstützt durch den 96 Milliarden Euro umfassenden Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU für die Jahre 2014 bis 2020.

Die EU-weiten Wachstumsraten sind weiterhin viel zu schwach, die Arbeitslosigkeit viel zu hoch; angesichts dieser Situation waren die Entscheidungen, die unter irischem Ratsvorsitz getroffen wurden, auf eine Mischung von kurzfristigen und langfristigen Ergebnissen ausgelegt. Wir konnten dies erreichen, indem wir über 200 politische Verpflichtungen erzielen konnten, darunter über 80 Rechtsinstrumente.

Reale Ergebnisse – für Stabilität

In Bezug auf die Anstrengungen zur Stabilisierung der Wirtschaft in Europa und der Schaffung eines sichereren, stärkeren und besser regulierten Bankensystems wurden wichtige Erfolge erzielt, so etwa:

- » Stärkung der Bankenstabilität durch den Einheitlichen Aufsichtsmechanismus, die Eigenkapitalrichtlinie (CRD IV) und Gesetze zur Sanierung und Abwicklung von Banken
- » "Zweierpaket" mit Maßnahmen zur wirtschaftlichen Kontrolle – Einigung mit dem Europäischen Parlament
- » Effiziente Durchführung des Europäischen Semesters

Reale Ergebnisse – für Arbeitsplätze und Wachstum

Zu den wichtigen Ergebnissen in Bezug auf Arbeitsplätze und Wachstum gehören:

- » Der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) der EU für die Jahre 2014-2020: ein Investitionsprogramm von 960 Milliarden Euro für Infrastruktur, Kohäsion, Bildung, Forschung, Landwirtschaft und andere Schlüsselbereiche
- » Besonderes Augenmerk auf Jugendarbeitslosigkeit: die vereinbarte Empfehlung für eine Jugendgarantie und erstmals eine speziell gewidmete Summe von 6 Milliarden Euro für einen Jugendbeschäftigungsfonds im Budget für 2014-2020, dessen Ausschüttung so weit wie möglich vorgezogen werden soll
- » Fortschritte bei Handelsabkommen als wichtiger Motor für die Wirtschaft: Verhandlungen mit Japan im Laufen und ein Verhandlungsmandat für ein historisches Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) mit den USA
- » Einigung über beinahe alle Legislativmaßnahmen im Zusammenhang mit der Ausschüttung der MFR-Gelder, u.a. Horizont 2020, GAP, Fazilität "Connecting Europe", LIFE, COSME und Erasmus+
- » Besserer Zugang für KMU zu dem 2 Billionen Euro starken europäischen Markt an öffentlichen Aufträgen
- » Schwerpunkt auf Sektoren mit hohem Potenzial wie etwa die digitale Wirtschaft – große Fortschritte bei Gesetzen zu Datenschutz und elektronischer Identifizierung

Der Ratsvorsitz hat diese Schwerpunktsetzung auf Arbeitsplätze und Wachstum in jedem politischen Bereich und in jeder Ratsformation angewandt, wie die Ausführungen auf den folgenden Seiten zeigen.

Wir möchten uns bei dieser Gelegenheit bei allen bedanken, die den irischen Ratsvorsitz in seiner wichtigen Funktion unterstützt haben und wünschen unseren Nachfolgern im Trio – Litauen und Griechenland – alles Gute für ihre Arbeit in dieser wichtigen Phase für die Union.



Irischer Premier und Vizepremier begrüßen EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy zum Auftakt des irischen Ratsvorsitzes im Januar



Präsident des Europäischen Parlaments Schulz und irische Staatsministerin für Europäische Angelegenheiten Creighton



TEIL I:
ZUSAMMENFASSUNG
DER
ERRUNGENSCHAFTEN



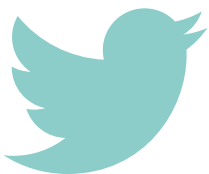
Tage
irischer EU-
Ratsvorsitz

200



Geschätzte Anzahl
an politischen
Verpflichtungen,
davon mehr als 80
rechtlicher Natur

13,914



Twitter-Follower der beiden
Accounts @eu2013ie und
@IrelandRepBru, bisher
erfolgreichster Twitter-Auftritt
eines EU-Ratsvorsitzes

1. Stabilität in Europa sichern

Der irische Ratsvorsitz war entschlossen, ein starkes und stabiles Bankensystem zu gewährleisten, um die Schaffung von Arbeitsplätzen und nachhaltiges Wirtschaftswachstum in Europa zu unterstützen. Der Ratsvorsitz konnte in diesem Zusammenhang folgende Maßnahmen umsetzen:

- » Zentrale Maßnahmen zur Bankenunion: **Einheitlicher Aufsichtsmechanismus und zwei Verordnungen (ECB, EBA), Eigenkapitalrichtlinie CRD IV** – stärkere Banken und Obergrenzen für Bonuszahlungen an Bankiers) und politische Einigung zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (BRR)
- » **“Zweierpaket“** – Maßnahmenpaket zur haushaltspolitischen Überwachung
- » Ein gestraffter Prozess für das **Europäische Semester**
- » **Gesetzgebung zur Haushaltsordnung, u.a. Maßnahmen im Rahmen der Richtlinien über Märkte für Finanzinstrumente (MIFID/MIFIR), Hypothekarkreditrichtlinie, Transparenz, Marktmissbrauch und Anlageprodukte für Kleinanleger (PRIPs)** für größere Sicherheit der Endverbraucher
- » **Ein Paket an Steuermaßnahmen, u.a. zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung**
- » Effizientes Management der Entwicklungen rund um den **jährlichen Haushalt der EU**

Bankenunion: Stärkung der Stabilität und Vertrauensbildung

Ein gesunder Bankensektor ist entscheidend für die Förderung von Stabilität, Sicherheit, Vertrauen und Wachstum in der europäischen Wirtschaft und wesentlich sowohl für Sparer als auch für Investoren. Der Ratsvorsitz hat für seine Arbeitsperiode der Bankenunion äußerste Priorität eingeräumt, um eine zukünftige Wiederholung der vergangenen Fehler zu verhindern, Sparer und Steuerzahler besser zu schützen und sicherzustellen, dass die Banken der EU den wirtschaftlichen Wiederaufschwung der EU mittragen können.

Einigung mit dem Europäischen Parlament über die Einrichtung eines Pakets für einen Einheitlichen Aufsichtsmechanismus: EZB-Verordnung und Änderung der EBA-Verordnung

Der Mangel an Koordination zwischen den Aufsichtsbehörden der Mitgliedsstaaten wurde als einer der wesentlichen Faktoren in der Bankenkrise identifiziert. Die unter irischem Ratsvorsitz erreichte Einigung mit dem Europäischen Parlament über den Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) ist eine der wichtigen Säulen für die Bankenunion und sieht die Europäische Zentralbank (EZB) als Bankenaufsicht für die gesamte Union vor. Das Maßnahmenpaket, die EZB-Verordnung, die der EZB die Aufsichtsrechte einräumt und die Änderung der Verordnung über die Europäische Bankenaufsicht, werden den Grundstein für ein neues und effizienteres Aufsichtswesen für alle teilnehmenden Mitgliedsstaaten legen.

Das neue System wird keine Doppelung der Arbeit der nationalen Aufsichtsbehörden darstellen, sondern diese in eine starke, übergeordnete Struktur mit der EZB als Zentrum einbinden. Gleichzeitig werden die Ressourcen und Fähigkeiten der nationalen Behörden voll genützt. Die EBA wird ihre Rolle bei der Formulierung von Richtlinienentwürfen beibehalten und darüber hinaus neue Verantwortung übernehmen, insbesondere bei der Bewertung der Widerstandsfähigkeit unseres Bankensystems.

Einigung mit dem Europäischen Parlament über Einigung mit dem Europäischen Parlament über Eigenkapitalrichtlinienpaket (CRD IV)

Das Eigenkapitalrichtlinienpaket (CRD IV) beinhaltet neue Regeln um sicherzustellen, dass Europäische Banken ausreichendes Kapital von guter Qualität in Reserve haben, um zukünftigen wirtschaftlichen oder finanziellen Schocks standhalten zu können. Die durch den irischen Ratsvorsitz verhandelte Einigung mit dem Europäischen Parlament über die CRD IV beinhaltet auch eine Deckelung der Bankierseinkommen, um Gehaltsmodelle, die übermäßige Risikobereitschaft begünstigen, zu verhindern. Das Paket enthält auch Maßnahmen, die die Transparenz europäischer Banken erhöhen.

Einigung über Allgemeinen Ansatz zu Sanierung und Abwicklung von Banken (BRR)

Nachdem Einigungen zu SSM und CRD IV erreicht werden konnten, konzentrierte sich der Ratsvorsitz verstärkt auf Maßnahmen, die die Finanzierung zukünftiger Rettungsmaßnahmen für Banken vermeiden sollen und konnte gute Fortschritte bei einigen Schlüsselementen des BRR-Prozesses erzielen die sicherstellen, dass Aufsichtsbehörden bei Problemen in Finanzinstitutionen frühzeitig eingreifen können, um Schaden zu begrenzen und auftretende Probleme zu beheben. Sollte eine Bank zahlungsunfähig werden, so stellt der BRR-Rahmen sicher, dass die Kosten für Umstrukturierung und Abwicklung der Bank den Inhabern und Gläubigern zufallen und nicht den Steuerzahlern. Über diese wesentliche Säule der Bankenunion konnte im Juni Einigung erzielt werden; sie ersetzt die Praxis des "Bail-out" durch einen "Bail-in". Die Einigung enthält auch wirksame Regelungen für die Abwicklung von Banken, die mithelfen werden Bankenkrisen in Zukunft zu vermeiden bzw. ihnen besser standzuhalten. Die erreichte Einigung macht nun den Weg frei für Verhandlungen über den BRR mit dem Europäischen Parlament.

Haushaltspolitische Überwachung

In seiner Eigenschaft als Ratsvorsitz hat Irland sich um eine stärkere Koordination der haushaltspolitischen Planung zwischen den Mitgliedsstaaten bemüht, um die Etablierung gesunder öffentlicher Haushalte zu fördern und eine Rückkehr zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum und steigender Beschäftigung zu fördern, wie dies in der Strategie Europa 2020 vorgesehen ist.

Einigung mit dem Europäischen Parlament über das "Zweierpaket" an Vorschlägen zur haushaltspolitischen Überwachung

Das Zweierpaket dient der Verbesserung der haushaltspolitischen Überwachung in den Mitgliedsstaaten des Euro-Raums; Ziel ist es, die Überwachung öffentlicher Finanzen zu verbessern. Die Regelungen des Zweierpakets sehen eine Koordinierung nationaler Budgets im Euro-Raum vor und enthalten Regeln zur Verbesserung der wirtschaftlichen und steuerlichen Kontrolle. Eine Annahme in erster Lesung konnte mit dem Europäischen Parlament im Februar erreicht werden; die Verabschiedung erfolgte im Mai im Rat. Beide Verordnungen traten mit 30. Mai in Kraft. Durch die neuen Regelungen verschiebt sich in den Mitgliedsstaaten des Euro-Raums der Stichtag für das Budget nach vorne.

Europäisches Semester

Der Prozess des Europäischen Semesters ist ein Kernstück der stärkeren haushaltspolitischen Überwachung, die als Reaktion auf die Krise in der EU eingeführt wurde. Ziel des Semesterprozesses ist es, eine Reihe von Prioritäten gemeinsam zu entwickeln und umzusetzen, durch die Wachstum und Beschäftigung gefördert werden können, auch unterstützt durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt und die Strategie Europa 2020. Dadurch kann die Wettbewerbsfähigkeit der EU wiederhergestellt werden, neue Investitionen getätigt werden, was in weiterer Folge zu EU-weitem intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum beitragen wird. Ein effektives Management dieses dritten Zyklus des Europäischen Semesters war daher ein wichtiger Schwerpunkt für den irischen Ratsvorsitz. Ein Fahrplan für den Semesterprozess, der im Rat "Allgemeine Angelegenheiten" im Dezember 2012 vorgelegt wurde, diente dem Ratsvorsitz hier zur Orientierung und das Europäische Semester 2013 konnte im Rat im Juni positiv behandelt werden; für die zweite Hälfte konnten klare landesspezifische Empfehlungen für die nationale Haushaltsplanung der Mitgliedsstaaten für die zweite Jahreshälfte 2013 befürwortet werden; gleichzeitig wurde die volle nationale Verantwortlichkeit gefördert und der soziale Dialog erhalten.

Stärkere Regulierung des Finanzsektors

Der Ratsvorsitz war auch bestrebt, die Regulierung des Finanzsektors zu verbessern, um die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen und insbesondere Endverbraucher und Investoren zu schützen.

Vorläufige Einigung mit dem Europäischen Parlament über Hypothekarkreditrichtlinie

Im April konnte eine vorläufige Einigung mit dem Europäischen Parlament zur geplanten Hypothekarkreditrichtlinie erzielt werden; die endgültige Einigung wird in Kürze erwartet. Die Einigung über die neue Hypothekarkreditrichtlinie bedeutet für Endverbraucher mehr Information und besseren Schutz in Bezug auf Hypothekarkredite. Die neuen Regelungen werden einen Vergleich zwischen verschiedenen Hypothekarprodukten erleichtern und einheitlichere und dadurch gerechtere Bedingungen in Europa schaffen, wodurch die Entwicklung eines grenzüberschreitenden Hypothekarkreditmarktes erleichtert wird.

2,477

Meetings und Events unter
irischem Vorsitz in Europa



374

Trilogie mit der
Europäischen
Kommission und
dem Europäischen
Parlament



Ratstreffen unter
Vorsitz irischer
Minister im Verlauf
des Ratsvorsitzes



Stunden
verbrachten
der irische
Premier,
Vizepremier
und irische
Minister im
Europäischen
Parlament

Gemeinsamer Ansatz zur Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID) und Schlussfolgerungen des Rates zur Verordnung (MiFIR)

Ziel der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID) aus dem Jahr 2004 war eine weitere Integration des europäischen Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen durch Einrichtung eines gesetzlichen Rahmens für die Erbringung von Wertpapierdienstleistungen wie Finanzvermittlung, Beratung und Handel innerhalb der EU. Seit ihrer Einführung hat die MiFID-Richtlinie zu einer Steigerung des Wettbewerbs und Kostensenkung beigetragen und Investoren zu einer größeren Auswahl an Dienstleistungen verholfen. Dennoch wurde angesichts der markt- und technologiespezifischen Entwicklungen sowie der Finanzkrise eine neue Gesetzgebung vorgeschlagen, die zu mehr Ausgleich zwischen den Teilnehmern am Markt führen, Kosten senken und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Finanzdienstleister steigern helfen soll. Der durch den Ratsvorsitz erreichte Durchbruch bei den Mitgliedsstaaten wird nun neue Regelungen bringen, die die Finanzmärkte effizienter, widerstandsfähiger und transparenter machen und Investoren einen besseren Schutz garantieren.

Fortschrittsbericht des Rates zu Zentralverwahrern (CSDs)

Die CSD-Verordnung strebt Verbesserungen bei der Wertpapierabwicklung im Binnenmarkt an, indem sie Regelungen wie eine Harmonisierung der Abrechnungszeiträume und gemeinsame Regeln für CSDs einführt. Der irische Ratsvorsitz konnte erhebliche Fortschritte bei diesem Dossier machen und gab im Juni einen Fortschrittsbericht dazu heraus.

Einigung mit dem Europäischen Parlament über Transparenzrichtlinie

Unternehmen, die Transparenz und soziale Verantwortung groß schreiben, werden besser in der Lage sein, zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen beizutragen. Der irische Ratsvorsitz hat daher intensiv an einer Einigung mit dem Europäischen Parlament über die Transparenzrichtlinie gearbeitet. Diese Richtlinie betrifft alle in der EU börsennotierten Unternehmen und ermutigt europäische Unternehmen, mehr Offenheit zu zeigen. So verpflichtet sie etwa Bergbauunternehmen und Unternehmen im Bereich der Rohstoffwirtschaft, Informationen über ihre finanziellen Beziehungen zu Regierungen in Drittländern offenzulegen. Die

Vereinbarung hebt gleichzeitig die Verpflichtung notierter Unternehmen zur Vorlage von Quartalsberichten auf, sodass diese sich besser auf langfristiges Wachstum statt auf kurzfristigen Profit konzentrieren können.

Einigung mit dem Europäischen Parlament über Marktmissbrauchsverordnung (MAR)

Marktmissbrauchspraktiken schaden der Integrität von Finanzmärkten und dem Vertrauen der Öffentlichkeit in Wertpapier- und Derivatgeschäfte. Die Marktmissbrauchsverordnung (MAR) stärkt und harmonisiert die EU-weiten Maßnahmen gegen Marktmissbrauch und führt strengere Sanktionen im Fall von Verstößen ein. Die Einigung mit dem Europäischen Parlament bringt besseren Schutz von Investoren und Endverbrauchern und schafft letztendlich mehr Stabilität auf dem Finanzmarkt.

Allgemeiner Ansatz zu Anlageprodukten für Kleinanleger (PRIPs)

Die durch den irischen Ratsvorsitz erreichte Einigung über einen Allgemeinen Ansatz wird zur Einführung neuer Regelungen führen, die sicherstellen, dass Endverbraucher über Anlageprodukte durch ein kurzes, leicht verständliches und standardisiertes Dokument, das sogenannte KID (Key Information Document), informiert werden. Alle Produzenten von Anlageprodukten (z.B. Investmentfonds, Versicherer, Banken) werden verpflichtet, für jedes Produkt für Kleinanleger ein eigenes KID anzulegen.



Minister Noonan beim Informellen Treffen der EU-Finanzminister

Steuern

Einigung über Verhandlungsmandat für Abkommen mit Drittländern

Die Vorschläge zur Änderung der Zinssteuerrichtlinie soll die Zusammenarbeit zwischen den Steuerbehörden der einzelnen Mitgliedsstaaten verbessern und dadurch Steuerbetrug und Steuerhinterziehung unterbinden helfen. Der Wirkungsbereich der Richtlinie wird ebenfalls erweitert von Zinserträgen aus Geldeinlagen auf Bankkonten auf andere Finanzprodukte wie etwa Lebensversicherungen. Im Mai erzielte der Ratsvorsitz eine Einigung aller Verhandlungspartner über ein Verhandlungsmandat zur Aktualisierung von verwandten Abkommen mit Drittländern. Diese Einigung ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer Einigung über diese Richtlinie und im Kampf gegen internationalen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung.

Einigung mit dem Europäischen Parlament über das Programm Fiscalis 2020

Die Europäische Kommission schätzt die EU-weiten Verluste durch Steuerbetrug auf etwa 2,2 bis 2,5 Prozent des jährlichen BIP. Das Kooperationsprogramm Fiscalis ermöglicht den Steuerbehörden der Mitglieds- und Kandidatenstaaten den Austausch von Informationen und Fachwissen, um den Steuerbetrug zu verringern. Im Mai konnte der Ratsvorsitz eine Einigung mit dem Europäischen Parlament über das Fiscalis-Programm erreichen.

Fortschrittsbericht über die Richtlinie zur Umsetzung einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich einer Finanztransaktionssteuer (FTT)

Die vorgeschlagene Finanztransaktionssteuer (FTT) wird auf bestimmte Transaktionen zwischen Finanzinstituten erhoben. Anlässlich des ersten Treffens der EU-Finanzminister unter irischem Vorsitz im Januar konnte der Ratsvorsitz eine Einigung darüber erzielen, dass die Verhandlungen über die FTT in einem sogenannten Verfahren der verstärkten Zusammenarbeit abgewickelt werden sollen.

Mehrwertsteuer

Der Ratsvorsitz konnte eine politische Einigung zu drei Schlüsseldossiers im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuer erreichen. Die Einigung über die Richtlinie zur Umsatzsteuer-Umlageregelung wird es den Mitgliedsstaaten erlauben, bestimmte Formen des Mehrwertsteuerbetrugs zu bekämpfen, so etwa den Karussellbetrug, wo Güter in kürzester Zeit mehrfach gehandelt werden und MwSt. umgangen wird. Solche Delikte können EU-weit zu jährlichen Verlusten an MwSt.-Einnahmen in Milliardenhöhe führen. Die Richtlinie wird es den Mitgliedsstaaten erlauben, die Verantwortung für die Abfuhr der Mehrwertsteuer vom Lieferanten (wie in der EU normalerweise gesetzlich vorgesehen) zum Empfänger zu verlagern. Eine weitere politische Einigung konnte über eine Richtlinie über einen Krisenreaktionsmechanismus bei Mehrwertsteuerbetrug erzielt werden. Diese wird es Mitgliedsstaaten ermöglichen, im Falle eines plötzlichen und massiven MwSt.-Betrugs Sofortmaßnahmen zu ergreifen. Bisher traten in solchen Fällen Prozesse in Kraft, die mehrere Monate in Anspruch nahmen. Des Weiteren konnte eine Einigung zu einer Durchführungsverordnung erreicht werden, die sich mit MwSt.-Regelungen im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr befasst. Der Ratsvorsitz hat dieses Dossier als prioritär behandelt und mit dieser Einigung wird erstmals ein Dossier im Rahmen eines Ratsvorsitzes eröffnet und geschlossen. Die Einigung wird sicherstellen, dass die Mitgliedsstaaten neue einheitliche MwSt.-Regelungen in Bezug auf grenzüberschreitende Leistungen im Bereich Telekommunikation, Rundfunkdienste und e-Dienstleistungen einführen. Die neuen MwSt.-Regelungen, die ab 1. Januar 2015 in Kraft treten sollen, werden die Besteuerung dieser Leistungen vom Domizil des Lieferanten zum Domizil des Empfängers verlagern. Damit wird Sicherheit für Unternehmen und Mitgliedsstaaten geschaffen, die den Zielort dieser Leistungen identifizieren und sicherstellen können, dass Steuervermeidung und Doppelbesteuerung vermieden werden.

Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und aggressive Steuerplanung

Der irische Ratsvorsitz hat sich aktiv für die Diskussion über konkrete Maßnahmen gegen Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und aggressive Steuerplanung eingesetzt. Der Schwerpunkt dieser Gespräche waren Beratungen über den vorgeschlagenen Aktionsplan der Kommission und zwei Empfehlungen (das sogenannte Kommissionspaket), welche im Dezember 2012 herausgegeben wurden. Nach detaillierten Gesprächen auf höherer Beamtenebene wurde das Thema bei dem Informellen Finanzministertreffen in Dublin weiter getragen, wo sich ein ausdrücklicher Kompromisswille

abzeichnete. Im Anschluss an das Informelle ECOFIN-Treffen sandten der irische Finanzminister und der zuständige EU-Kommissar einen gemeinsamen Brief an ihre Kollegen, in dem sieben Schlüsselbereiche genannt wurden, über die noch keine EU-weite Einigung erzielt worden war; eine baldige Einigung würde ein deutliches Signal dafür sein, dass die EU entschlossen sei, dem Steuerbetrug und der Steuerhinterziehung den Kampf anzusagen. Im Mai konnten anlässlich des ECOFIN-Rates umfassende Schlussfolgerungen des Rates in dieser Richtung vereinbart werden.

EU-Budget

Neben der Entscheidung für den geplanten Jahreshaushalt der EU, konnte der irische Ratsvorsitz auch erfolgreiche Verhandlungen über weitere Fragen des EU-Budgets führen, die in diese Ratsvorsitzperiode fielen. Dazu gehörten der Berichtigungshaushaltsplan 1 zum Haushalt 2013 zur Berücksichtigung des Beitritts Kroatiens und der Berichtigungshaushaltsplan 2 zur Berichtigung der Fehlbeträge im diesjährigen Haushaltsplan. Die politische Einigung über den Berichtigungshaushaltsplan, die im ECOFIN-Rat in Mai erreicht wurde, konzentrierte sich vor allem auf Maßnahmen und Programme zur Förderung von Wachstum und Arbeitsplätzen.



Rede des irischen Premierministers Enda Kenny im Europäischen Parlament

2. Investition in nachhaltige Arbeitsplätze und Wachstum

Parallel zu seinem Legislativprogramm für wirtschaftliche Stabilität hat der irische Ratsvorsitz auch intensiv an einer ehrgeizigen Agenda für Arbeitsplätze und Wachstum gearbeitet. Angesichts von 26 Millionen Arbeitslosen Europäern und dem brennenden Problem der Jugendarbeitslosigkeit durfte keine Zeit verloren werden. Eine zentrale Priorität war hierbei die frühzeitige Einigung über den 960 Milliarden starken Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), dem langfristigen Budget für die Europäische Union für den Zeitraum von 2014-2020 und damit dem wichtigsten Werkzeug zur Investition in Arbeitsplätze und Wachstum. Der irische Ratsvorsitz konnte dazu im Juni 2013 die langwierigen Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament abschließen. Nach Zustimmung des Parlaments wird diese Einigung die Planung und Implementierung der Ausgaben der EU in den Jahren 2014-2020 regeln. Der Abschluss des MFR wird es der Union erlauben, die für die Investition in Arbeitsplätze und Wachstum notwendigen Ressourcen freizugeben.

Der Ratsvorsitz lieferte Resultate zu einer Reihe von wichtigen Maßnahmen und Programmen zur Förderung von Arbeitsplätzen. Dazu gehören:

- » Die **Jugendgarantie** mit einem Finanzierungsvolumen von bis zu 6 Milliarden Euro zur Schaffung von Arbeitsplätzen
- » Das Programm **Horizont 2020** zur Abwicklung von Forschungs- und Innovationsförderungen (vorläufige Einigung)
- » Programme zur **Verbesserung der Verkehrs-, Energie- und Datennetze in Europa**
- » Das Programm **Erasmus+** zur Unterstützung des Lern- und Bildungsaustauschs

960 Mrd Euro

Vereinbartes Budget der EU für die kommenden 7 Jahre (MFR)



30 Mrd Euro

Für die Fazilität "Connecting Europe"
(CEF) für den Ausbau der Verkehrs-,
Energie- und Telekommunikationsnetze

Erasmus+
für allgemeine
und berufliche
Bildung

16 Mrd Euro



Bis zu 8 Mrd Euro für
den Kampf gegen die
Jugendarbeitslosigkeit



3 Mrd Euro

Für das LIFE-Programm
zur Unterstützung von
Umweltschutzprojekten

- » Positiver Fortschritt in Bezug auf das **Kohäsionspaket** zur Förderung von Wachstum und Entwicklung der Regionen Europas durch den Struktur- und Investitionsfonds
- » Wesentliche Investitionen in die wertvollen natürlichen Ressourcen Europas, u.a. in den Bereichen Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Einigungen zu **GAP- und GFP-Reformen**
- » **Ausrichtung auf KMU**, unter anderem mittels des 2 Milliarden Euro **COSME-Programms** einen verbesserten Zugang zu Forschungsgeldern und öffentlichen Aufträgen, sowie vereinfachten Buchhaltungsvorschriften durch die erzielte Einigung über die Rechnungslegungsrichtlinie
- » Schwerpunktsetzung auf den digitalen Sektor mit großem Potenzial: erhebliche Fortschritte beim **Datenschutz, elektronischer Identifizierung und Web-Zugang** sowie Einigungen über die **Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA)** und die **Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors**
- » Weitere Arbeiten im Hinblick auf die Vollendung des **Binnenmarktes**, wie etwa den einheitlichen **Europäischen Zollkodex** und modernisierte **Vorschriften für staatliche Beihilfen**

960 Milliarden Euro für Investitionen in Arbeitsplätze und Wachstum: Der Mehrjährige Finanzrahmen 2014–2020

Eine Einigung über den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU war eine der zentralen Prioritäten für den irischen Ratsvorsitz.

Der Europäische Rat einigte sich im Februar auf ein Budget von 960 Milliarden Euro, welches vornehmlich für Maßnahmen im Hinblick auf Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsplätze und Wachstum eingesetzt werden soll. Der irische Ratsvorsitz begann daraufhin im Namen der Mitgliedsstaaten Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament, um dessen Zustimmung zu diesem Budget zu erreichen. Ende Juni wurde eine Einigung mit der Führung des Europäischen Parlaments erreicht. Das MFR-Paket wurde am 27. Juni im Europäischen Rat bestätigt.

Ab Januar 2014 können Investitionen u.a. in folgenden Bereichen fließen:

- » Bis zu 8 Milliarden Euro speziell für den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit, als Finanzierungsgrundlage für die Europäische Jugendgarantie, über die unter irischem Vorsitz im Februar Einigung erzielt wurde;
- » 70 Milliarden Euro für Forschung und Innovation in Europa
- » 30 Milliarden Euro für die Verbesserung der Verkehrs-, Energie- und digitalen Netze in Europa
- » 19 Milliarden Euro für das Programm Erasmus+ für die Förderung von Austauschprogrammen im Bildungssektor
- » 325 Milliarden Euro für die Stärkung der Kohäsion europäischer Regionen durch den Strukturfonds
- » 373 Milliarden Euro zur Investition in die wertvollen Ressourcen Europas, inkl. Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Fortschritt beim Kohäsionspaket

Die großartigen positiven Effekte der Kohäsionspolitik der EU sind in Gemeinschaften in der gesamten Union sichtbar. Der Ratsvorsitz hat deutliche Fortschritte in den Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über ein Legislativpaket zur Kohäsionspolitik erzielt, welches ab 1. Januar 2014 in Kraft treten soll. Einigung konnte erzielt werden über den Europäischen Regionalentwicklungsfonds ERDF, die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETC) und den Kohäsionsfonds (CF) sowie einige Änderungen des Europäischen Verbunds zur Territorialen Zusammenarbeit (EZZ); der gemeinsame Rechtsrahmen ist zu 90 Prozent vereinbart.

Darüber hinaus wurden deutliche Fortschritte mit dem Europäischen Parlament zur ESF-Verordnung gemacht, unter anderem eine wichtige Einigung über den Mindestanteil; dies wird die endgültige Einigung über die Verordnung deutlich erleichtern. Die neuen Regelungen werden sicherstellen, dass die 325 Milliarden Kohäsionsfondsgelder weiterhin eine bedeutende Rolle bei der Reduzierung von Ungleichheiten zwischen und innerhalb der Mitgliedsstaaten spielen werden und dadurch zur Schaffung von Arbeitsplätzen, Wachstum, neuer Infrastruktur und nachhaltiger Entwicklung auf regionaler Ebene in Europa beitragen wird.

Stärkung des digitalen Binnenmarkts – für einen starken Binnenmarkt in der Zukunft

Der Ratsvorsitz konnte Fortschritte bei einer Reihe von Dossiers machen, die den Binnenmarkt fördern und langfristige Vorteile für Endverbraucher und Unternehmen bringen werden. Der Ratsvorsitz hat sich aktiv dafür eingesetzt sicherzustellen, dass die EU in einer guten Position ist, um das Potenzial des digitalen Markts voll auszuschöpfen und Arbeitsplätze und Wachstum zu schaffen. Der Ratsvorsitz richtete auch eine Reihe von Veranstaltungen in diesem Bereich aus, so die eHealth-Woche und die Digital Assembly, die sich mit der digitalen Zukunft Europas beschäftigen.

Fortschrittbericht über Schlüsselaspekte des Datenschutzpaketes

Als Teil unseres Schwerpunktes auf der Digitalen Agenda hat der Ratsvorsitz besonderes Augenmerk auf die Verhandlungen im Rat über das Reformpaket zum Datenschutz gerichtet. Diese Maßnahmen sollen sicherstellen, dass die Bürger Europas mehr Kontrolle über ihre persönlichen Daten haben. Dadurch soll das Vertrauen in den Online-Sektor gestärkt werden, was das Wachstum des Digitalen Binnenmarktes fördern wird.

Der Ratsvorsitz konnte eine erste technische Überprüfung der vorgeschlagenen Datenschutzrichtlinie abschließen und die Verhandlungen über die vorgeschlagene Gesetzgebung vorantreiben. Nach intensiven Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten wurde eine aktualisierte Fassung der Kapitel I-IV der Verordnung im Rat "Justiz und Inneres" im Juni präsentiert. Der Ratsvorsitz erhielt breite Unterstützung durch die Mitgliedsstaaten für die allgemeine Vorgehensweise, die auf eine ausgewogene Lösung in Bezug auf größere Transparenz für den Einzelnen abzielt und einen risikobasierten Ansatz vorsieht (der die Art, den Umfang, Kontext und Zweck der Datenverarbeitungsaktionen und das damit verbundene Risiko für die betroffenen Personen abwägt), um den administrativen Aufwand für Unternehmen richtig bestimmen zu können.

Einigung über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (PSI)

Eine große Bandbreite an Informationen wird in den Mitgliedsstaaten von öffentlichen Stellen verwaltet, von demographischen Daten bis zu historischen Dokumenten. Die durch den irischen Ratsvorsitz erreichte Einigung mit dem

Parlament sieht eine Erleichterung des Zugangs und der Weiterverwendung von öffentlichen Daten durch den Privatsektor vor; dazu gehören erstmals Museen und eine Vielzahl an Bibliotheken und Archiven, die diese Informationen kostenlos oder zu geringen Kosten zur Verfügung stellen. Dies wird die Entwicklung innovativer Produkte und Dienstleistungen ermöglichen und dadurch sowohl Wachstum und Beschäftigung fördern als auch zur Stärkung der wissensbasierten Wirtschaft beitragen.

Einigung über die Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA)

Die Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) wurde im Jahr 2004 eingerichtet, um der zunehmenden Sicherheitsgefährdung der EU, ihrer Infrastruktur und ihrer Wirtschaft durch Aktivitäten im Netz zu begegnen. Aufbauend auf der soliden Arbeit des zypriotischen Ratsvorsitzes konnte das Vorsitzland Irland eine Einigung mit dem Europäischen Parlament über ein neues 7-Jahresmandat der ENISA und eine neue Management-Struktur der Agentur erzielen. Dies wird der Agentur erlauben, eine größere Rolle bei der Stärkung der Netz- und Informationssicherheit in der EU zu spielen. Die Agentur wird helfen sicherzustellen, dass die digitale Wirtschaft weiterhin wachsen und damit Arbeitsplätze und Wachstum kreieren kann, ohne die hohen Verbraucherschutzstandards zu kompromittieren.

Schlussfolgerungen des Rates zur Netzsicherheit

Die Nutzer von Online-Diensten in Europa müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Informationen im Netz sicher sind. Jüngste Fälle von Hacker-Attacken haben die Notwendigkeit von koordinierten Maßnahmen und den grenzüberschreitenden Charakter dieser Bedrohung demonstriert. Die durch den Ratsvorsitz erzielten Schlussfolgerungen des Rates zur Netzsicherheit werden die Entwicklung eines integrierten und kohärenten Vorgehens im Bereich der Netzsicherheit quer durch die Mitgliedsstaaten sicherstellen. Das riesige Potenzial des digitalen Binnenmarktes in Bezug auf Wachstum und Arbeitsplätze unterstreicht auch, wie wichtig es ist sicherzustellen, dass Endverbraucher vertrauensvoll die Vorteile der angebotenen Online-Dienstleistungen nutzen können.

Fortschrittsbericht über die elektronische Identifizierung (e-ID) und elektronische Trust-Services (e-TS)

Bürger und Unternehmen müssen volles Vertrauen in Online-Dienste haben können, damit diese ordentlich funktionieren können. Der irische Ratsvorsitz hat daher besonderes Augenmerk auf diese Verordnung gelegt, die der Etablierung eines pan-europäischen Rahmens für die elektronische Authentifizierung und Anerkennung von elektronischen Unterschriften vorsieht und eine zentrales Dossier der Binnenmarktakte darstellt. Die gegenseitige Anerkennung und Akzeptanz elektronischer Identifizierung (e-ID) kann Bürgern in Zukunft den Zugang zu öffentlichen Leistungen in anderen EU-Ländern erleichtern, so etwa in Bereichen wie Gesundheit, Sozialdienste, Steuern, Beschäftigung und Bildung. Die Arbeit des Ratsvorsitzes an Fragen der elektronischen Identifizierung und gegenseitigen Anerkennung wird eine solide Basis für den weiteren Fortschritt unter den folgenden Ratsvorsitzen des Trios bilden.

Fortschrittsbericht über Webzugang

Die Verbesserung des Zugangs von Online-Diensten bietet reale soziale und wirtschaftliche Vorteile für alle Bürger. Nutzerfreundliche Webseiten sollten allen Bürgern zugänglich sein, auch jenen mit Behinderungen. Das vorgeschlagene vereinheitlichte Regelsystem wird auch Vorteile für Unternehmen bringen, da Entwickler ihre Produkte und Dienstleistungen so in der ganzen EU anbieten können, ohne zusätzliche Adaptierungskosten in Kauf nehmen zu müssen. Der europäische Webzugänglichkeitsmarkt wird auf 2 Milliarden Euro geschätzt und schöpft derzeit nur 10 Prozent seines Potenzials aus, was erheblichen Raum für zukünftiges Wachstum und neue Beschäftigung bringt. Der Ratsvorsitz konnte deutliche Fortschritte für diesen Vorschlag erzielen, der einen ersten Schritt des Prozesses darstellt, durch den Barrieren für den Zugang zu Internet-Produkten und Dienstleistungen im Binnenmarkt beseitigt werden sollen.

Fortschrittsbericht über die Kostenreduktion des Hochgeschwindigkeitsbreitbands

Der Fortschrittsbericht des Ratsvorsitzes wird diesen Vorschlag vorantreiben, der auf eine Kostenreduzierung bei der Implementierung des Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetzes in der EU abzielt. Dies wird den Endverbrauchern und Unternehmen einen verbesserten Zugang sichern und die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU stärken helfen.

Fortschrittsbericht über das Transeuropäische Telekommunikationsnetz (TEN-Tele)

Der Fortschrittsbericht des Ratsvorsitzes zielt auf eine Stärkung der Infrastruktur für Breitband und digitale Dienstleistungen im Bereich der Telekommunikation ab, um Unternehmen und Endverbraucher in der EU besser zu verbinden und zu vernetzen. Der Vorschlag im Kontext der Fazilität "Connecting Europe" (CEF) dient der Entwicklung von Netzen, die es Europäern ermöglichen sollen, einen Beitrag zur Informationsgesellschaft zu leisten und von dieser zu profitieren. Die im Rahmen von Schlüsselprojekten vorgesehenen Investitionen werden auch die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft stärken, die Interoperabilität nationaler und regionaler Netze fördern und den Ausbau des digitalen Binnenmarkts unterstützen.

Intelligentes Wachstum – Forschung und Innovation fördern

Einigung über Horizont 2020 – EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (unterliegt der endgültigen Zustimmung durch die Institutionen)

Ein gut dotierter Forschungs- und Innovationssektor ist ein wichtiger Motor für nachhaltige und zukünftige Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in Europa. Der Ratsvorsitz hat seine Anstrengung zur Sicherung eines dynamischen europäischen Innovationssektors durch Unterstützung von Forschenden und Innovatoren in der EU zur Priorität erklärt. Im Juni konnte eine Einigung mit dem Europäischen Parlament über das Programm Horizont 2020 erzielt werden, welches 70 Milliarden Euro für die europäische Forschung und Innovation in den nächsten sieben Jahren zur Verfügung stellt. Durch den vereinfachten Zugang zur EU-Fördermitteln für Forschung und Innovation kann das Programm Horizont 2020 zu intelligentem und nachhaltigem Wirtschaftswachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen bis weit in die Zukunft beitragen, unter anderem auch dank des verbesserten Zugangs zu Unterstützungsleistungen und Fördermitteln für KMU.

Einigungen zur Strategischen Innovationsagenda des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie (EIT) und die Änderung der Verordnung aus dem Jahr 2008 (unterliegt der endgültigen Zustimmung durch die Institutionen)

Das EIT ist ein Aushängeschild der EU; das Bildungsinstitut soll Innovation, Forschung und Wachstum in der Europäischen Union unterstützen und wurde gegründet, um den europäischen Innovationsrückstand aufzuholen. Die durch den Ratsvorsitz verhandelte Einigung mit dem Europäischen Parlament über die Strategische Innovationsagenda des EIT und die Änderungen der Verordnung aus dem Jahr 2008 werden dem EIT über 2 Milliarden Euro zur Finanzierung von Innovationsprojekten in den nächsten sieben Jahren zur Verfügung stellen. So wird sichergestellt, dass das EIT die Innovationsaktivitäten in der Union in den Jahren 2014-2020 besser unterstützen kann, und somit intelligente Jobs und nachhaltiges Wachstum fördern hilft.

Schlussfolgerungen des Rates zum Europäischen Forschungsraum (EFR)

Der Ratsvorsitz hält die Schaffung eines Europäischen Forschungsraumes (EFR) und die damit verbundene Entstehung eines einheitlichen Forschungssektors innerhalb des Binnenmarkts, in dem Forschende, Technologie und Innovationen sich frei bewegen können, für vorrangig. Der Ratsvorsitz erzielte eine Einigung über Schlussfolgerungen des Rates, welche die neue Strategie zum Aufbau einer internationalen Forschungs- und Innovationskooperation vorsieht, wie dies in der Mitteilung der Kommission zum EFR "Verstärkung und Bündelung internationaler Kooperation in Forschung und Innovation" vorgesehen ist.

Schlussfolgerungen des Rates zum Hochleistungsrechnen (HPC)

Hochleistungsrechnen (HPC) ist ein wichtiges Element der Innovationskapazität der EU und von strategischer Bedeutung für die industriellen und wissenschaftlichen Kapazitäten der EU und für seine Bürger. HPC unterstützt die Entwicklung innovativer industrieller Produkte und Dienstleistungen, steigert die Wettbewerbsfähigkeit und unterstützt die effizientere Bewältigung von gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Herausforderungen. Die durch den Ratsvorsitz erreichten Schlussfolgerungen des Rates unterstreichen die

Bedeutung der Einführung und Wartung einer erstklassigen und nachhaltigen HPC-Infrastruktur als integralen Bestandteil der zukünftigen Entwicklung einer intelligenten und nachhaltigen Wirtschaft in der EU.

Fortschritte bei EU-Programm "Kreatives Europa"

In Bezug auf das Programm "Kreatives Europa" konnte der Ratsvorsitz deutliche Fortschritte machen. Der Abschluss dieses wichtigen Dossiers wird durch den Trio-Partner und nachfolgenden EU-Ratsvorsitz Litauen erfolgen. Nach endgültigem Beschluss wird dieses Programm Künstlern und anderen Kreativen den Einstieg in die digitale Wirtschaft erleichtern, indem es Zugang zu Fördergeldern und Ausbildung in diesem Bereich bietet. Das Programm wird Künstlern auch helfen, neue Publikumsschichten zu erreichen, und damit Wachstum und Beschäftigung innerhalb des reichhaltigen Sektors der europäischen Kunst, Kultur und Kreativität fördern.

EU-Raumfahrtpolitik

Investition und Forschung im Bereich der Raumfahrt können einen Beitrag zur Bewältigung zukünftiger Herausforderungen im Umweltsektor leisten und die Entwicklung neuer und innovativer Produkte und Beschäftigung in der gesamten EU fördern helfen. Der irische Ratsvorsitz konnte Schlussfolgerungen des Rates sowohl zur **Industriepolitik im Raumfahrtsektor** als auch über die **Herstellung zweckdienlicher Verbindungen zwischen EU und ESA** erzielen. Des Weiteren konnten Fortschritte im Bezug auf den Vorschlag für ein Unterstützungsprogramm für **Raumfahrtüberwachung und -verfolgung (SST)** gemacht werden. Dies dient der Sicherheit von Satellitendaten für alle Sektoren und Nutzer solcher Dienste. Die Arbeit des irischen Ratsvorsitzes wird einen Beitrag zur Entwicklung einer starken und wettbewerbsfähigen europäischen Raumfahrtindustrie leisten.

Erschließung des Potenzials von KMU und europäischen Unternehmen

Einigung mit dem Europäischen Parlament über die gesellschaftsrechtliche Rechnungslegungsrichtlinie

Solide Regelungen im Gesellschaftsrecht und gute Unternehmensführung sowie harmonisierte Bestimmungen zu Rechnungslegung und Rechnungsprüfung sind unabdingbar für die Bildung und das Management eines Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen und produkte und für die Effizienz einer dynamischen Wirtschaft. Die Gesellschaftsrechtsrichtlinie (Rechnungslegung) wird den hohen Verwaltungsaufwand für KMU reduzieren und einfachere Rechnungslegungsvorgaben einführen. Die Richtlinie sieht auch die verpflichtende Offenlegung von Zahlungen von Unternehmen im Bergbau- und Holzverwertungssektor an Regierungen vor. Der irische Ratsvorsitz konnte im April eine Einigung mit dem Europäischen Parlament zu diesem Dossier erzielen, das den administrativen Aufwand für europäische Unternehmen, insbesondere für KMU, verringern und den Binnenmarkt stärken soll.

Einigung mit dem Europäischen Parlament über einheitlichen Europäischen Zollkodex (UCC)

Der Ratsvorsitz erzielte eine Einigung mit dem Europäischen Parlament über einen einheitlichen EU-Zollkodex (UCC), der die Zollabfertigung in Zukunft vereinfachen und modernisieren und damit Beschäftigung und Wachstum fördern soll. Die Modernisierung von Zollverfahren und der zunehmende Einsatz von IT-Systemen werden zu einer effizienteren Abfertigung führen und dadurch die Kosten für Unternehmen senken und gleichzeitig die Sicherheit im Warenverkehr innerhalb der EU verstärken. Die neue Einigung wird es Exporteuren erleichtern, in den internationalen Warenverkehr einzusteigen und die gute Position der EU in der Weltwirtschaft stärken helfen.

Einigung mit dem Europäischen Parlament über COSME-Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von KMU

Als Teil seines aktiven Einsatzes für eine Unterstützung des KMU-Sektors, damit dieser seinen Anteil an der Wirtschaft ausdehnen und Beschäftigung schaffen kann, hat der Ratsvorsitz unter anderem an einer Verbesserung des Zugangs zu Krediten und Forschungsgeldern für KMU gearbeitet. Die Einigung mit dem Europäischen

Parlament über das COSME-Programm ist hier ein wichtiger Schritt. COSME stellt in den nächsten sieben Jahren 2 Milliarden Euro zur Verfügung, um KMU besseren Zugang zu Finanzmitteln für die Unternehmensentwicklung zu verschaffen und kleinen Unternehmen den Zugang zu ausländischen Märkten zu erleichtern.

Vorläufige Einigung mit dem Europäischen Parlament über Paket für das öffentliche Vergabewesen (unterliegt der endgültigen Zustimmung durch die Institutionen)

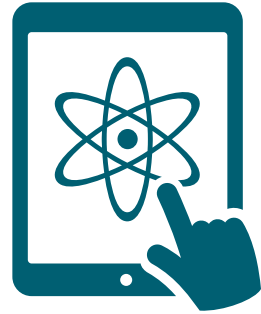
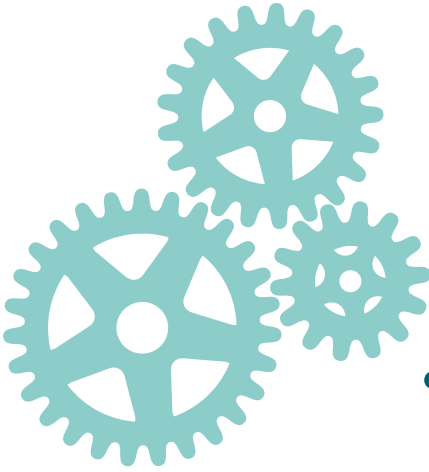
Der Ratsvorsitz konnte nach Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über ein Richtlinienpaket für das öffentliche Vergabewesen eine vorläufige Einigung erreichen (Klassische Richtlinie, Sektorenrichtlinie und Konzessionsrichtlinie). Die erzielte vorläufige Einigung wird es KMU erleichtern, sich an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen. Der Verwaltungsaufwand und die dadurch entstehenden Kosten werden verringert und die Auftragsvergabe wird insgesamt transparenter. Der Einsatz von elektronischen Beschaffungssystemen (e-Procurement) wird Abläufe vereinfachen und den grenzüberschreitenden Wettbewerb stärken. Die Einigung wird die Schaffung von Arbeitsplätzen und das Wirtschaftswachstum fördern; öffentliche Einrichtungen in der Europäischen Union geben derzeit an die 2 Trillionen Euro pro Jahr (etwa 20% des BIP der EU) für die Beschaffung von Waren, Dienstleistungen und Arbeiten aus.

Allgemeiner Ansatz zu Schlüsselementen der Modernisierung staatlicher Beihilfen

Staatliche Beihilfen der Mitgliedsstaaten für Unternehmen und Industrie unterliegen einer Kontrolle durch die Europäische Kommission. Öffentliche Behörden müssen dabei vereinbarten Regeln folgen um sicherzustellen, dass sie keinem Unternehmen einen ungerechten Wettbewerbsvorteil gegenüber den Mitbewerbern verschaffen, indem sie einzelne Unternehmen durch staatliche Beihilfen bevorzugen. Der Rat konnte sich zu den Schlüsselementen einer von der Kommission vorgeschlagenen Reform des Rahmens für staatliche Beihilfen einigen. Diese Einigung wird eine effizientere und transparentere Kontrolle der staatlichen Beihilfen durch die Kommission ermöglichen, Verfahren zur Datenerhebung verbessern und die Zusammenarbeit zwischen der Kommission und staatlichen Gerichtshöfen verstärken.

Die Reformen werden die Kommission auch in die Lage versetzen, sich auf groß angelegte und möglicherweise wettbewerbsverzerrende Beihilfen zu konzentrieren und gleichzeitig die Verfahren für "gute Beihilfen" zu vereinfachen.

Das EU-Budget der nächsten
7 Jahre beinhaltet auch:



70 Mrd Euro

für das Programm Horizont
2020 für Forschung und
Innovation

**360 Mrd
Euro**

für die reformierte Gemeinsame
Agrarpolitik (GAP)

2 Mrd Euro

für das Programm
COSME zur Förderung der
Wettbewerbsfähigkeit der
20 Mio. KMU in der EU



Schlussfolgerungen des Rates über Aktivitäten im Rahmen der Agenda für intelligente Regulierung

Das regulative Umfeld, in dem sich Unternehmen bewegen, hat Einfluss auf ihre Wettbewerbsfähigkeit und ihr Wachstums- und Beschäftigungspotenzial. Die Schlussfolgerungen des Rates zu intelligenter Regulierung unterstreichen die Bedeutung von Regulierungen, die die Besonderheiten von KMU in Betracht ziehen und betreffen eine Reihe von vereinbarten Aktivitäten im Anschluss an die zwei Mitteilungen der Kommission zu intelligenter Regulierung. Diese werden einen positiven Beitrag zur Schaffung eines regulatorischen Umfeldes schaffen, welches unkompliziert, effizient, leicht verständlich und leicht umsetzbar ist.

Einigung zu Einheitlichem Patentgericht

Aufbauend auf der Arbeit vorhergehender Ratsvorsitzländer fand im Februar die Unterzeichnung des Abkommens über ein Einheitliches Patentgericht (UPC) durch 25 Mitgliedsstaaten unter irischem Vorsitz statt. Dieses wird innovativen europäischen Unternehmen eine einheitliche Kontaktstelle bieten, um ihre Patente EU-weit zu registrieren und zu verteidigen. Das Abkommen ist auch ein Schlüsselement für die Errichtung eines Einheitlichen Patentsystems für Europa und wird die Kosten für Investoren, die ihr geistiges Eigentum schützen und Patentrechte in Europa durchsetzen wollen, deutlich verringern.

Europäischer Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung und grenzüberschreitenden Schuldeneinzahlung in zivil- und handelsrechtlichen Verfahren

Der europäische Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung ist ein Mittel zur grenzüberschreitenden Schuldeneinzahlung, welches es Unternehmen, die grenzüberschreitend tätig sind, künftig erleichtern wird, Schulden einzutreiben. Die Justizminister einigten sich unter irischem Ratsvorsitz über eine Reihe von Prinzipien, die sorgfältig ausgearbeitet wurden, um die Interessen der Gläubiger und Schuldner gerecht abzuwiegen. Diese Prinzipien bilden die Basis für eine zukünftige technische Ausarbeitung, welche hoffentlich zu einer baldigen politischen Einigung führen wird.



Minister Quinn und EU-Kommissarin Vassiliou



Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Kroes und Ministerin Burton

Politische Leitlinien zu Insolvenzverfahren (Neufassung)

Angesichts der zunehmenden grenzüberschreitenden Aktivität von Unternehmen müssen adäquate Vorkehrungen getroffen werden, für Fälle, in denen Unternehmen mit Niederlassungen in mehreren Mitgliedsstaaten insolvent werden. Im Rat "Justiz und Inneres" im Juni sicherte der Ratsvorsitz eine Einigung über politische Leitlinien als Basis für die weiteren Verhandlungen über die Regulierung von Insolvenzverfahren. Dieser Vorschlag zielt auf eine Modernisierung existierender Insolvenzregelungen ab, um eine EU-weite Kultur der "Rettung und Erholung" für Firmen und Einzelpersonen in finanziellen Schwierigkeiten schaffen zu helfen. Der Vorschlag wird auch grenzüberschreitende Insolvenzverfahren effizienter gestalten.

Stärkung der Jugend in Europa: gegen Jugendarbeitslosigkeit – für Ausbildung & Weiterqualifizierung

Empfehlung des Rates zur Jugendgarantie und bis zu 8 Milliarden Euro für die Jugendbeschäftigungsinitiative

Die Schaffung von Chancen für junge Menschen, um der Entstehung einer "verlorenen Generation" entgegenzuwirken, war ein wichtiges Element der generellen Schwerpunktsetzung des irischen Ratsvorsitzes auf Stabilität, Arbeitsplätze und Wachstum und der irische Ratsvorsitz hat sich vehement für dieses Thema eingesetzt. Im Anschluss an das Informelle Treffen der Minister des EPSCO-Rates in Dublin konnte der Ratsvorsitz eine Einigung über Empfehlungen des Rates zur Jugendgarantie verhandeln, die sicherstellen sollen, dass junge Menschen bis 25 Jahre innerhalb von vier Monaten nach Abschluss des Studiums oder Verlust ihrer Arbeitsstelle eine Weiterbildung, Lehrstelle oder ein Praktikum angeboten wird. Die Empfehlung soll den Übergang von der Ausbildung in das Arbeitsleben erleichtern. Der Europäische Rat einigte sich im Februar über eine Jugendbeschäftigungsinitiative mit einem Fonds von etwa 6 Milliarden Euro. Im Juni beschloss er Rat sofortige Maßnahmen, unter anderem Mobilisierung aller zur Verfügung stehender Instrumente für die Jugendbeschäftigung, die mit 6 Milliarden Euro dotiert werden soll.

Einigung mit dem Europäischen Parlament über Erasmus+

Erasmus+ vereinigt die bisherigen Programme der EU für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport in einem gemeinsamen Programm. Die Einigung des Ratsvorsitzes mit dem Europäischen Parlament über das Programm Erasmus+ soll im Zeitraum von 2014 bis 2020 über vier Millionen EU-Bürger bei der Wahrnehmung von Bildungs- und Ausbildungschancen unterstützen, und damit die bisherige Anzahl von Teilnehmenden an diesem Programm verdoppeln. Das neue Erasmus-Programm ersetzt die sieben bisher existierenden Programme und wird Studierenden und anderen Nutzern die Antragstellung erleichtern. Das Programm wird nicht nur sicherstellen, dass die Teilnehmenden ihr Potenzial voll ausschöpfen können, sondern auch die Qualifikationen von Teilnehmenden in ganz Europa verbessern und ihnen dadurch bessere Chancen auf eine Arbeitsstelle oder den Start eines eigenen Unternehmens eröffnen, und dadurch die Beschäftigung fördern.

Förderung besserer Beschäftigungsaussichten durch Weiterqualifizierung und Umschulung

Einigung über das Programm für Beschäftigung und Soziale Innovation (EaSI) (unterliegt der endgültigen Zustimmung durch die Institutionen)

Der Ratsvorsitz konnte eine politische Einigung mit dem Europäischen Parlament über das Programm für Beschäftigung und Soziale Innovation (EaSI) erzielen (ursprünglich eingereicht als Programm für Sozialen Wandel und Innovation, PSCI). Das neue Finanzierungsinstrument wird in den Jahren 2014-2020 über ein vorläufiges Budget von 815 Millionen Euro verfügen und die Maßnahmen zur Qualifizierung und Arbeitsvermittlung fördern. Es wird ebenso die Vergabe von Mikrokrediten im Rahmen des Europäischen Progress-Mikrofinanzierungsinstruments unterstützen und Entwicklung und Ausbau von sozialen Unternehmen ankurbeln, um so neue Arbeitsplätze in den Gemeinschaften in der gesamten EU zu schaffen.

Gemeinsamer Ansatz zum Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung

Ein Schlüsselement für die Bestrebungen des Ratsvorsitzes, nachhaltiges Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen (EGF) voranzutreiben, war die Schaffung von Bildungs- und Umschulungsmöglichkeiten für Menschen, die aufgrund globaler Trends vor kurzem ihren Arbeitsplatz verloren haben. Der EGF umfasst Karriereberatung und Berufsorientierung, Bildung und Ausbildungsprogramme sowie Unterstützung für Unternehmen in der Form von Mentoring und Förderungen, um Arbeitslose darin zu unterstützen, neue Beschäftigung zu finden bzw. sich für einen neuen Karriereweg zu qualifizieren.

Förderung von Mobilität

Einigung über die Anerkennung beruflicher Qualifikationen

Die Richtlinie über die Anerkennung beruflicher Qualifikationen wird die Mobilität von Fachkräften erleichtern und diesen Chancen in anderen Mitgliedsstaaten eröffnen; gleichzeitig wird der Aufwand an Zeit und Ressourcen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber reduziert, indem der Verwaltungsaufwand verringert wird. Die Änderung der Richtlinie sieht einen neuen Europäischen Berufsausweis vor, der die Anerkennung von Qualifikationen in anderen Mitgliedsstaaten erleichtert.

Fortschrittsbericht über Entsendung von Arbeitern

Der Ratsvorsitz hat der neuen Durchsetzungsrichtlinie zur verbesserten Umsetzung der 1996 erlassenen Regelungen für die Entsendung von Arbeitern erhöhte Priorität eingeräumt. Der Ratsvorsitz konnte eine Einigung mit dem Rat über eine Reihe von Elementen dieser Richtlinie erzielen und damit zukünftigen Vorsitzländern den Abschluss dieses Dossiers erleichtern. Die Vorschläge werden, sobald sie abgesegnet sind, den Schutz von Arbeitnehmern verbessern, die im Rahmen ihrer Tätigkeit von ihrem Unternehmen in einen anderen Mitgliedstaat entsandt werden. Sie wird auch größere und dringend benötigte Klarheit für Dienstleistungsunternehmen bringen.

Allgemeiner Ansatz zur Übertragbarkeit von Pensionsansprüchen

Die Bewegungsfreiheit von Arbeitskräften ist ein wichtiges Element des Binnenmarktes und einer der Motoren für das Wirtschaftswachstum. Der Ratsvorsitz hat im Rat im Juni eine Einigung über einen Allgemeinen Ansatz bezüglich der Richtlinie zur Verbesserung der Übertragbarkeit von Zusatzrentenansprüchen erreicht. Dieser Vorschlag soll noch bestehende Hindernisse beseitigen und sicherstellen, dass EU-Bürger in jedwedem EU-Land leben und arbeiten können, ohne Sorge, dass sie dadurch Ansprüche auf Zusatzrente, die sie in einem anderen Land bereits erworben haben, verlieren könnten.

Fortschritte bei EU-Einreise/Aufenthalt von Saisonarbeitern, konzerninterne Versetzungen, Studierende und Forschende

Um sicherzustellen, dass die Wissenswirtschaft in Europa wachsen kann, ist die Anwerbung von Saisonarbeitern, Managern und Facharbeitern in multinationalen Konzernen, Studierenden und Forschenden aus der ganzen Welt unabdingbar. Der Ratsvorsitz hat intensiv mit dem Europäischen Parlament über diese Bereiche verhandelt und gute Fortschritte erzielt bei Themen wie Einreise und Aufenthalt in der EU für Saisonarbeiter, Manager und Fachkräfte in multinationalen Konzernen. Insbesondere hat der Ratsvorsitz eine Einigung über beinahe alle Elemente der Saisonarbeiterrichtlinie erzielt und Kompromissvorschläge für alle ausstehenden Punkte vorgelegt, die nun hoffentlich durch den litauischen Ratsvorsitz positiv erledigt werden können. Der Ratsvorsitz hat außerdem die erste Überprüfung der vorgeschlagenen Richtlinie über die Bedingungen für Einreise und Aufenthalt von Menschen aus Drittländern zum Zweck der Forschung, des Studiums und anderen Zwecken abgeschlossen.

Eine saubere, ökologische und nachhaltige Zukunft für Europa

Einigung über das 7. Europäische Umweltaktionsprogramm

Das 7. Umweltaktionsprogramm baut auf den Leistungen der Programme aus den letzten 40 Jahren auf, welche ein zentrales Werkzeug für die Verbesserung der Umwelt in der Europäischen Union waren. Das Programm wurde zwischen Ratsvorsitz und Europäischem Parlament vereinbart und enthält die vorrangigen

Ziele der EU-Umweltpolitik bis ins Jahr 2020; es soll Europa in Richtung ressourceneffiziente, kohlenstoffarme und umweltfreundliche Wirtschaft führen, in der das natürliche Kapital geschützt und verbessert wird und Gesundheit und Wohlbefinden der Bürger gewährleistet sind.

Einigung über die Richtlinie für prioritäre Substanzen in Wasser

Die Richtlinie für prioritäre Stoffe im Wasser befasst sich mit Emissionen, Verlusten und Einleitungen von Substanzen, die ein Risiko für die aquatische Umwelt darstellen und legt einzuhaltende Umweltqualitätsstandards fest. Zu den betroffenen Substanzen gehören Chemikalien, bestimmte Metalle, Biozide, Pflanzenschutzprodukte und Dioxine; deren Vorkommen und Konzentration in Wasser muss kontrolliert und verwaltet werden. Die Gesetzgebung strebt auch ein allmähliches vollständiges Verbot der prioritären Gefahrenstoffe im Wasser an. Im April konnte sich der Rat mit dem Europäischen Parlament über die Vorschläge zur Kontrolle von Zusatzstoffen im Wasser einigen, um damit Europas Wasser noch sicherer und sauberer zu machen.

Einigung über das Umwelt- und Klimaaktionsprogramm LIFE

(unterliegt der endgültigen Zustimmung durch die Institutionen)

Das Umwelt- und Klimaaktionsprogramm LIFE ist das Finanzierungsinstrument der EU für Initiativen im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes. Die Einigung zwischen Ratsvorsitz und Europäischem Parlament, die nun noch durch die Institutionen abgesegnet werden muss, sichert die Finanzierung des LIFE-Programms für die Jahre von 2014-2020 und damit auch die notwendige Unterstützung für Projekte, die den Erhalt unserer Umwelt für gegenwärtige und zukünftige Generationen sicherstellen.

Einigung über Batterienrichtlinie

Die durch den irischen Ratsvorsitz erreichte Einigung mit dem Europäischen Parlament dient der Minderung der negativen Umwelteffekte von Batterien und Akkus und gleichzeitig einer Harmonisierung der Marktaufgaben. Die Richtlinie enthält Maßnahmen zu einem Vermarktungsverbot von Batterien, die gefährliche Substanzen enthalten; die Aufhebung der bisherigen Ausnahmeregelungen für Quecksilber- und Cadmiumbatterien wird zur Entwicklung sicherer und energieeffizienterer Batterien führen, die sowohl die menschliche Gesundheit

als auch die Umwelt weniger stark gefährden. Die Richtlinie bietet auch den notwendigen Spielraum für die Industrie für die zukünftige weitere Entwicklung in diesem Bereich.

Fortschrittbericht über die Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)

Der Entwurf zur neuen Umweltverträglichkeitsprüfungsrichtlinie wird die bestehenden Vorschriften in Bezug auf die Qualität des UVP-Verfahrens verschärfen und so sicherstellen, dass der Umweltschutz in höherem Maße berücksichtigt wird, noch bevor Entscheidungen über Projekte getroffen werden, die wahrscheinlich substantielle Auswirkungen auf die Umwelt haben. Der irische Ratsvorsitz hat im ENVI-Rat im Juni einen Fortschrittsbericht vorgelegt, der nun dem litauischen Ratsvorsitz als Basis für seine weitere Arbeit dienen kann.

Weltweit verbindliches Quecksilber-Abkommen

Quecksilber ist ein weltweit anerkannter Gefahrenstoff, auch wegen seiner großen Reichweite bei Eintritt in die Atmosphäre, seine hohe Persistenzrate in der Umwelt und seine bio-kumulativen Effekte in Ökosystemen sowie den erheblichen negativen Auswirkungen auf Menschen und Umwelt. Im Januar konnte eine Einigung über den Wortlaut für ein weltweit rechtsverbindliches Quecksilberabkommen erzielt werden; dies war der Höhepunkt von vier Jahren Arbeit auf Ebene der UNO, der nationalen Regierungen und wichtiger Stakeholder. Die Europäische Union hat eine wichtige Rolle in den Abschlussverhandlungen für dieses Abkommen gespielt, welches weltweit das Leben zahlreicher Menschen verbessern und unsere Umwelt schützen helfen wird.

UN-Konventionen zu Chemikalien und Abfall (Konventionen von Basel, Rotterdam und Stockholm)

Chemikalien und gefährliche Abfallstoffe können schwere Verschmutzungen verursachen, nicht nur in den Ländern, in denen sie freigesetzt werden, sondern sie können auch über weite Distanzen vertragen werden und in Gegenden, die weit von ihrem ursprünglichen Ausgangsort entfernt liegen, schwerwiegende Probleme für die menschliche Gesundheit und die Umwelt verursachen. Um diese weltweiten Gefahren einzudämmen, wurden drei UNO-Konventionen

erarbeitet, die den Umgang mit Chemikalien und Gefahrenmüll weltweit regeln. Der irische Ratsvorsitz konnte sicherstellen, dass die EU einen effizienten Beitrag bei den Konferenzen über diese Konventionen leistete.

27. Sitzung des Verwaltungsrates für das Umweltschutzprogramm der Vereinten Nationen / Globales Forum der Umweltminister

Der irische Ratsvorsitz führte die EU-Delegation zu dieser 27. Sitzung in Nairobi im Februar an. Die Umweltminister setzten sich für Entscheidungen ein, die sicherstellen, dass diese Institution sich gestärkt und modernisiert den umweltpolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen kann. Darüber hinaus wurde eine Reihe von Einigungen erzielt, unter anderem über nachhaltigen Konsum und Produktion, eine Ökologisierung der Wirtschaft im Kontext der nachhaltigen Entwicklung und Beendigung der Armut, zu Chemikalien und Abfall sowie das Arbeitsprogramm und Budget der UNEP.

Schlussfolgerungen des Rates zu Mitteilungen zum Energiebinnenmarkt

Der Rat "Energie" beschloss im Juni Schlussfolgerungen zur Unterstützung der Mitteilung der Kommission "Ein funktionierender Energiebinnenmarkt", welche auf eine vollständige Umsetzung der Regelungen für den Energiebinnenmarkt in der gesamten EU abzielt, um Konsumenten und Unternehmen in den Genuss niedriger Energiepreise und eines effizienteren und sichereren Strom- und Gasangebotes zu bringen. Die verabschiedeten Schlussfolgerungen unterstreichen den bedeutenden Beitrag eines Energiebinnenmarktes auf die drei Säulen der EU-Energiepolitik – Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit – sowie zur EU-Agenda für Arbeitsplätze und Wachstum. Der Energiebinnenmarkt wird auch einen positiven Beitrag zur Erreichung der Energie- und Klimaziele leisten und beim Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft.

Fortschrittsbericht über die Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie

Der irische Ratsvorsitz legte im Juni anlässlich des ECOFIN-Rates einen Fortschrittsbericht über die Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie vor. Die revidierte Richtlinie ist ein wichtiges Dossier im Rahmen der Binnenmarktakte I, die den Binnenmarkt stärken und ein Patchwork unterschiedlicher nationaler Steuern verhindern soll; dies bringt Vorteile in der Form von größerer

Rechtssicherheit und reduzierten Einhaltungskosten. Insbesondere wird auch die Energieeffizienz gefördert und die EU in der Einhaltung ihrer Klimaziele unterstützt werden.

Gesundheitsschutz und Sicherheit gewährleisten

Allgemeiner Ansatz für Tabakprodukttrichtlinie

Der Konsum von Tabakprodukten ist die größte vermeidbare Gesundheitsgefahr in der EU. Jedes Jahr sterben etwa 700.000 Europäer an tabakbedingten Erkrankungen. Der von der Europäischen Kommission vorgelegte Vorschlag zielt auf eine Verbesserung der öffentlichen Gesundheit in der EU ab, indem der Tabakkonsum reduziert wird. Der Vorschlag enthält Vorkehrungen, um Tabakprodukte weniger attraktiv zu machen, unter anderem großflächigere Warnhinweise und ein Verbot von bestimmten aromatisierten Tabakprodukten. Der irische Ratsvorsitz hat der Konsensfindung, der Vermittlung einer Einigung zwischen den Mitgliedsstaaten und dem Vorantreiben dieses Dossiers höchstmögliche Priorität eingeräumt.

Einigung über die Entscheidung über Bemühungen im Umgang mit ernsthaften grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren

Eine Einigung mit dem Europäischen Parlament in Bezug auf dieses Dossier wird Mitgliedsstaaten helfen, sich besser auf mögliche Pandemien und Umweltkatastrophen vorzubereiten und ihre Bürger besser zu schützen. Auch die Risikovorsorge und Planung von Bewältigungsmaßnahmen und der Zugang der Mitgliedsstaaten zu Impfstoffen werden verbessert und klare Kommunikationssysteme im Krisenfall sowohl mit der Öffentlichkeit als auch mit medizinischen Fachkräften werden eingerichtet. Die EU wird auch in der Lage sein, Pandemieimpfstoffe selbst herstellen zu lassen und damit solche Stoffe im Notfall ihren Bürgern schneller zur Verfügung stellen zu können.

Einigung über Sicherheitsrichtlinie für Offshore-Aktivitäten der Erdöl- und Erdgasindustrie

Der Ratsvorsitz erzielte eine Einigung mit dem Europäischen Parlament über die Sicherheit von Offshore-Aktivitäten in der Öl- und Gasproduktion, die Sicherheitsmängel und Umweltgefährdungen im großen Maßstab verhindern sollen. Dem Vorschlag zufolge sollen Unternehmen, die in der Offshore-Öl-

oder Gasproduktion tätig sind, Sicherheitsstandards und Verfahren einführen, um schwere Unfälle zu die Reaktionsmechanismen im Ernstfall zu verbessern. Die Einigung legt auch klar die rechtlichen Verantwortlichkeiten im Falle von Umweltschäden in Folge solcher Unfälle fest.

Einigung mit dem Europäischen Parlament über Gesundheits- und Sicherheitsanforderungen zum Schutz von Arbeitern vor Gefährdung durch physische Einwirkungen (elektromagnetische Felder)

Der Ratsvorsitz hat eine Einigung über minimale Anforderungen erreicht, die Arbeiter in ganz Europa vor den Risiken im Zusammenhang mit elektromagnetischen Feldern schützen sollen, wie sie etwa im Gesundheitswesen auftreten.

Einigung über den Text der Grundlegenden Sicherheitsstandardsrichtlinie (Strahlungsschutz)

Die Einigung über einen Text für die Grundlegenden Sicherheitsstandards stellt einen wichtigen Fortschritt zum besseren Schutz vor schädigenden Folgen durch Strahlenbelastung dar.

Seearbeitsübereinkommen (MLC)

Der Seetransport ist ein wichtiges Element in der Infrastruktur für den Waren- und Passagiertransport in der EU. Das Seearbeitsübereinkommen verbrieft Rechte und Schutz für die mehr als 1,2 Millionen in diesem Sektor Beschäftigten und stellt auch durch einen fairen Wettbewerb die Sicherheit der wirtschaftlichen Interessen im internationalen Handel sicher. Der irische Ratsvorsitz konnte zwei Einigungen in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament erzielen, die in dieses Paket fallen. Das erste ist die Richtlinie zur Hafenstaatkontrolle, welche Inspektionen von Schiffen, die in Häfen der EU vor Anker liegen, betrifft. Sie legt fest, dass Schiffe, die in EU-Gewässern unterwegs sind und Häfen der EU nutzen, ordnungsgemäß ausgelegt und gewartet sein müssen, wodurch die Sicherheit dieser Industrie verbessert wird. Die zweite Einigung bezieht sich auf die Flaggenstaatkontrolle; diese Richtlinie enthält eine Reihe von Vorschriften, die Mitgliedsstaaten vorschreibt, ordentliche Kontrollen durchzuführen um sicherzustellen, dass Schiffe unter MLC-Flaggen in EU-Gewässern und Häfen

allen geltenden Vorschriften entsprechen. Diese Einigungen werden sowohl die Sicherheit von Arbeitern und Passagieren auf See als auch die Umweltstandards dieser Industrie verbessern.

Einigung über die Regulierung von Schiffsrecycling

Weltweit werden über 1.000 Schiffe pro Jahr wiederverwertet, aber ein Großteil dieser Arbeit wird in Einrichtungen durchgeführt, die keinen ordentlichen Sicherheits- oder Umweltstandards entsprechen und keinen ausreichenden Schutz der Arbeiter gewährleisten, was zu hohen Unfallraten und weitreichender Umweltverschmutzung führt, da viele alte Schiffe Gefahrenstoffe enthalten. Die neuen Regelungen, die der Ratsvorsitz mit dem Europäischen Parlament vereinbart hat, verpflichten nun die Schiffseigner in der EU, ein Inventar von gefährlichen Stoffen vorzulegen, bevor europäische Schiffe in genehmigten Anlagen wiederverwertet werden können, die in der Lage sind, mit solchen Stoffen umgehen zu können und die die Sicherheit der Umwelt und ihrer Beschäftigten gewährleisten können.

Es ist auch beabsichtigt, dass diese europäische Regelung den dringend notwendigen Anstoß für eine Regelung des Recyclings aller Schiffe bieten wird.

Gewährleistung der Sicherheit und Nachhaltigkeit des europäischen Agrar-, Nahrungsmittel- und Fischereisektors sowie seiner ländlichen und küstennahen Gemeinschaften

In Anerkennung der Bedeutung dieses Sektors als wichtiger Faktor für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum quer durch Europa hat der irische Ratsvorsitz intensiv daran gearbeitet, jene Maßnahmen voranzutreiben, die zur Bildung eines modernen und wettbewerbsfähigen Agrar- und Fischereisektors beitragen können und dadurch die Sicherheit, Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit des europäischen Nahrungsmittelsektors in der Zukunft sicherstellen helfen.

Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

Die Einigung über die GAP-Reform ist eine der großen Leistungen des irischen Ratsvorsitzes, die ein starkes und nachhaltiges Wachstum des Agrar- und Nahrungsmittelsektors auch in der Zukunft gewährleisten wird. Der Landwirtschafts- und Ernährungssektor der EU leistet einen wesentlichen Beitrag zur europäischen Wirtschaft; er sichert riesige Exporte und beschäftigt Millionen von Menschen. Die ehrgeizige Reform wird mithelfen, eine nachhaltige Zukunft zu sichern und zu gewährleisten, dass Europa seine Ernährungssicherheit auf kosteneffizienter Basis beibehalten kann. Die durch den irischen Ratsvorsitz ausverhandelte Reform unterstützt auch die ländlichen Gemeinschaften in der EU.

Die Einigung stellt ein gerechtes und ausgewogenes Maßnahmenpaket dar, das den Rahmen für die Entwicklung des europäischen Agrar- und Nahrungsmittelsektors bis ins Jahr 2020 schafft. Eine zentrale Frage für die Mitgliedsstaaten war die Verteilung der Direktzahlungen; diese Einigung schafft mehr Flexibilität für die Mitgliedsstaaten, die nun zwischen mehreren Möglichkeiten die für ihre spezifischen Umstände passendste Variante auswählen können. Die Vereinbarung unterstützt auch die Zielsetzung der Europäischen Kommission, Direktzahlungen stärker an umweltspezifische Ziele zu koppeln (Greening). Auch spezielle Maßnahmen in Bezug auf Mechanismen zur Marktstützung im Agrar- und Nahrungsbereich und gezielte Maßnahmen für ländliche Entwicklung sind in dieser Einigung berücksichtigt.

Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP)

Die mit dem Europäischen Parlament ausverhandelte GFP-Reform ist eine der wichtigsten Leistungen des irischen Ratsvorsitzes und war eine der ausgesprochenen Prioritäten, die im Programm des Ratsvorsitzes festgelegt waren. Als Inselstaat hat Irland der Fischereipolitik schon immer große Bedeutung beigemessen; diese radikale Reform wird den Wiederaufbau von Fischbeständen in europäischen Gewässern unterstützen und den Fischern signifikant höhere Quoten bieten, während gleichzeitig die verschwenderischen Rückwurfpraktiken nach und nach abgeschafft werden.

Die Hauptelemente der Reform konzentrieren sich auf langfristige Nachhaltigkeit als Herzstück der Fischereipolitik und jährliche Fangquoten, die in Zukunft auf solider wissenschaftlicher Basis vorgegeben werden. Weitere wichtige Elemente sind das Engagement für einen regionalisierten Ansatz und maßgeschneiderte Entscheidungen und eine strenge Selbstverpflichtung

zum Schutz junger Fischbestände und zur Stärkung biologisch empfindlicher Regionen. Dies wird dem Fischereisektor mittelfristig zu neuem Wohlstand verhelfen, indem es neue und langfristige Chancen für wirtschaftliches Wachstum in küstennahen Regionen bietet. Die Reform wird auch einen transparenteren und wettbewerbsfähigeren Markt fördern. Sie wird den Fischern mehr Einfluss einräumen, indem sie stärker in die Entscheidungen über ihre Fischbestände eingebunden werden, wodurch eine lebendige Industrie und gesunde Bestände in der Zukunft sichergestellt werden sollen.

Aktionsplan für eine Meeresstrategie im atlantischen Raum

Der Aktionsplan der EU Atlantik-Strategie wurde von der Europäischen Kommission im Mai in Galway angenommen und durch den Rat unter irischem Ratsvorsitz bestätigt. Die Atlantik-Strategie soll ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum der Küstenregionen fördern und Europas "blaue Wirtschaft" vorantreiben; dadurch werden neue Chancen für küstennahe Gemeinschaften eröffnet, von der Fischerei über Küstentourismus bis zur Aquakultur und erneuerbarer Meeresenergie, Rohstoffgewinnung in der Tiefsee und maritime Biotechnologie. Ein erster Schritt in Richtung Internationalisierung der Atlantik-Strategie wurde mit der Unterzeichnung der Erklärung von Galway über die Atlantische Kooperation erzielt, mit der eine Forschungsallianz zwischen EU, Kanada und den USA vereinbart wurde, durch die unser gemeinsames Verständnis des Ökosystems Atlantik verbessert werden soll.

Einigung über "Reisepässe für Haustiere" (Verordnung über nicht-kommerzielle Transporte für Haustiere)

Der Ratsvorsitz hat eine Einigung über den nicht-kommerziellen Transport von Haustieren erzielt, eher bekannt als Reisepässe für Haustiere. Der Vorschlag wird es Bürgern erleichtern, ihre Haustiere mitzunehmen, wenn sie in andere EU-Mitgliedsstaaten auf Urlaub fahren oder ihren Wohnort verlegen, ohne die hohen Standards für öffentliche Sicherheit und Gesundheit der Tiere verletzen. Die umfangreiche Einigung enthält auch klare und leicht zugängliche Informationen über Identifikationsanforderungen und Impfungen für Tiere auf Reisen.

Ein saubereres, ökologischeres und sichereres Verkehrsnetz für Europa

Einigung zur Fazilität "Connecting Europe" (CEF)

Die Fazilität "Connecting Europe" (CEF) legt die Regelungen für EU-Finanzhilfe für transeuropäische Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsnetze fest und ersetzt die bisher existierende gesetzliche Basis für diese. Mit einem Budget von beinahe 30 Milliarden Euro ist die CEF ein Schlüsselinstrument für die gezielte Investition in Infrastruktur auf europäischer Ebene um ein nahtloses Funktionieren des Binnenmarktes zu gewährleisten und dadurch Wachstum, Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit in der gesamten Europäischen Union zu fördern. Im Verkehrsbereich wird die CEF fehlende Verbindungsstücke, vor allem in grenzüberschreitenden Verkehrsverbindungen, Unterschiedlichkeiten in der Infrastruktur zwischen und innerhalb von Mitgliedsstaaten, unzureichende multi-modulare Verbindungen, verkehrsbedingte Treibhausgasemissionen und unzureichende Interoperabilität behandeln.



EU-Kommissar Borg, Minister Reilly und Minister White beim Informellen Treffen der Gesundheitsminister in Dublin

Im Energiesektor wird die CEF finanzielle Unterstützung für die Modernisierung und den Ausbau der europäischen Energie-Infrastruktur bieten, um den Energiebinnenmarkt zu vollenden, isolierte Regionen zu vernetzen und die Entwicklung erneuerbarer Energien zu unterstützen. Die Verordnung unterstützt die kürzlich vollendeten transeuropäische Energie-Infrastrukturleitlinie, die die Verfahren zur Umsetzung von Schlüsselprojekten im gemeinsamen Interesse entlang der paneuropäischen prioritären Korridore und Bereiche festlegen; diese umfassen Bereiche wie Strom, Gas, Öl und CO₂. Die CEF unterstützt demnach die EU bei der Erreichung ihrer breiteren Ziele im Bereich Klima und Energie und sichert Versorgungssicherheit und -solidarität der Mitgliedsstaaten.

Einigung in erster Lesung über das Transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-T)

Das TEN-T enthält eine Reihe von Leitlinien und Anforderungen für die Entwicklung eines umfassenden und nachhaltigen europäischen Verkehrsnetzes in den nächsten Jahrzehnten bis 2050. Die Verkehrsinfrastruktur ist eine fundamentale Basis für das Funktionieren des Binnenmarktes. Die Mobilität von Personen und Gütern fördert die wirtschaftliche und territoriale Kohäsion in der EU. Der irische Ratsvorsitz hat diese Vereinbarung ausverhandelt, die die Einrichtung eines Kernverkehrsnetzes bis 2030 und eines umfassenden Netzes bis 2050 vorsieht; dadurch werden grenzüberschreitende Verkehrsverbindungen verbessert, Kosten und Verzögerungen gesenkt und die Fortbewegung innerhalb der EU wird umweltfreundlicher, leichter, intelligenter und sicherer.

Allgemeiner Ansatz zur Richtlinie über Schiffsausrüstung & Einigung über Sportbootrichtlinie

Der Ratsvorsitz konnte einen Allgemeinen Ansatz zur überarbeiteten **Richtlinie über Schiffsausrüstung** erreichen, welche die Zulassungsverfahren für Geräte, die auf EU-Schiffen eingesetzt werden sollen, vereinfacht und modernisiert. Dadurch werden Hersteller in Zukunft nur noch eine Zulassung einer autorisierenden Zulassungsbehörde für Schiffsausrüstung in der EU benötigen. Dadurch werden Kosten gesenkt und gleichzeitig die Sicherheit von EU-Schiffen verbessert, indem diese einem vereinbarten einheitlichen Regelwerk von Herstellungsstandards folgen. Eine Einigung in erster Lesung konnte mit dem Parlament zur **Sportbootrichtlinie** erzielt werden, welche Fragen wie Emissionshöchstgrenzen für Freizeitboote festlegt und die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Sportboothersteller gegenüber Drittländern verbessert.

Einigung über Fahrtschreiberrichtlinie & Allgemeiner Ansatz zum Verkehrstauglichkeitspaket

Der irische Ratsvorsitz erreichte eine Einigung mit dem Europäischen Parlament in zweiter Lesung über die **Fahrtschreiberrichtlinie**, welche die Entwicklung und Nutzung von "intelligenten" elektronischen Fahrtschreibern vorsieht, um die Fahrzeiten von Berufsfahrern aufzuzeichnen. Die Einigung wird die Arbeitsbedingungen für Fahrer im europäischen Transportwesen verbessern und sicherere Bedingungen für alle Straßennutzer mit sich bringen. Der Allgemeine Ansatz des Rates zum **Verkehrstauglichkeitspaket** wird sicherstellen, dass alle Fahrzeuge (und Anhänger), die in einem EU-Staat registriert werden, in verkehrstauglichem Zustand sein müssen und Verkehrstauglichkeitstests unterzogen werden müssen. Allgemein gültige Mindeststandards für alle EU-Länder für private und kommerziell genutzte Fahrzeuge werden die Sicherheit im Straßenverkehr erheblich verbessern, fairen Wettbewerb gewährleisten und hohe Umweltschutzstandards garantieren.

Allgemeiner Ansatz zur Eisenbahninteroperabilität

Europa hat eine Menge von nationalen Eisenbahnsystemen, deren technische Standards oft so unterschiedlich sind, dass eine Harmonisierung der verschiedenen Infrastrukturen wie etwa von Plattformhöhen und Signalsystemen dringend erforderlich ist. Der Allgemeine Ansatz des Rates in Bezug auf die **interoperabilitätsrelevanten Elemente des 4. Eisenbahnpakets** wird den grenzüberschreitenden Bahnverkehr innerhalb der EU und in Nicht-EU-Ländern verbessern. Die Harmonisierung wird die Wettbewerbsfähigkeit des Binnenmarktes stärken, Skaleneffekte bringen, hohe Sicherheitsstandards für alle Nutzer des Bahnnetzes gewährleisten und die langfristige Zukunft des Europäischen Bahnverkehrs sichern.

Allgemeiner Ansatz zur Meldepflicht von Vorfällen im zivilen Flugverkehr

Der Allgemeine Ansatz des Rates zur **Meldepflicht von Vorfällen im Zivilen Flugverkehr** zielt darauf ab, das hohe Sicherheitsniveau im europäischen Flugverkehr zu erhalten, indem die Erfassung, Sammlung und Analyse von sicherheitsrelevanten Vorfällen durch die Flugbehörden verbessert wird.

Satellitenavigationssysteme: Einigung mit dem Europäischen Parlament über Galileo

Globale Satellitenavigationssysteme (GNSS) werden heute in allen Verkehrssektoren genutzt, von Schiffen, Flugzeugen, LKWs und Taxis, und von Millionen individueller Bürger über Mobiltelefon oder im PKW. Bisher waren die Nutzer solcher GNSS-Systeme auf Signale des GPS-Systems der USA oder des russischen Glonass-Systems angewiesen. Galileo bietet nun eine Alternative, die von zivilen Behörden statt Militärbehörden angeboten wird. Der irische Ratsvorsitz hat eine Einigung über die Entwicklung von Galileo erzielt, die den organisatorischen und finanziellen Rahmen für die zwei europäischen Satellitenavigationsprogramme Galileo und EGNOS (Geostationärer Navigations- Ergänzungsdienst für Europa) festlegt.

Sie werden ein unabhängiges, hochgenaues und garantiert globales Ortungssystem unter ziviler Aufsicht schaffen, welches den Schutz von Finanz- und Kommunikationsaktivitäten gewährleisten wird und kommerzielle, humanitäre und Notrufdienste bieten kann (und es nebenbei den 500 Millionen EU-Bürgern schwerer machen wird, sich zu verirren!).



Minister Varadkar beim Rat "Verkehr" in Brüssel

3. Europa und die Welt

Im Rahmen seiner Schwerpunktsetzung auf Arbeitsplätze und Wachstum hat der irische Ratsvorsitz besonderes Augenmerk auf das enorme Potenzial von Außenhandelsabkommen für die EU gelegt. Hier wurden große Fortschritte erzielt durch die Einigung über ein Mandat für den Verhandlungsbeginn über ein Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen zwischen EU und USA, ein Mandat über die Aufnahme von Verhandlungen über ein Dienstleistungshandelsabkommen und den Start der Verhandlungen über ein Handelsabkommen mit Japan.

Seit ihrer Gründung ist die EU eine wichtige Kraft für Frieden und Demokratisierung in Europa, den europäischen Nachbarstaaten und dem Rest der Welt. In Anerkennung dessen hat die EU im Jahr 2012 den Friedensnobelpreis erhalten. Irland hat sich im Rahmen seines Ratsvorsitzes bemüht, dieses Erbe in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst und der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik und mit der Europäischen Kommission zu stärken. Der Ratsvorsitz hat auch der Hilfe für die Ärmsten der Welt großes Augenmerk geschenkt.

Förderung von Arbeitsplätzen und Wachstum durch Außenhandel

Der Handel wird einer der Kernbereiche für den wirtschaftlichen Wiederaufschwung Europas sein, und die steigenden Exporte aus der EU in neue Märkte sind ein wichtiger Motor für Wachstum und Beschäftigung in der Union. Der Ratsvorsitz hat daher dem Außenhandel besondere Bedeutung beigemessen, unter anderem durch das Ausrichten des ersten Informellen Treffens von EU-Handelsministern, das im April in Dublin stattfand.

Partnerschaft EU-USA: Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen – Einigung über Verhandlungsmandat

Der irische Ratsvorsitz hat in den sechs Monaten Amtszeit intensiv an der Sicherung eines Mandats für die Aufnahme von Verhandlungen über ein Partnerschaftsabkommen für Transatlantischen Handel und Investition (TTIP) zwischen EU und den USA gearbeitet. Der Abschluss eines solchen Abkommens bietet Exporteuren in der EU die Chance auf Lieferungen in den US-Markt und hat das Potenzial, das BIP der EU um 0,5 Prozent zu steigern und etwa 400.000 zusätzliche Arbeitsplätze in Europa zu schaffen. Die unter irischem Ratsvorsitz erzielte Einigung der EU-Handelsminister im Juni verschafft der Europäischen Kommission das notwendige Mandat zum Einstieg in Verhandlungen mit ihren amerikanischen Verhandlungspartnern über eine TTIP und eine neue Zukunft für den transatlantischen Handel.

Förderung des Handels mit Partnern in Asien

Im März konnten unter irischem Vorsitz die Verhandlungen über Freihandels- und Investitionsschutzabkommen mit Japan formell begonnen werden. Der Vorsitz vermittelte auch die Einigung über ein Mandat, den Start und die erste Verhandlungsrunde über ein Freihandelsabkommen mit Thailand. Fortschritte gab es auch in den Handelsverhandlungen mit anderen ASEAN-Partnern, wie etwa Singapur, Indien und Vietnam. Der Ratsvorsitz begann auch die Beratungen im Rat über die Empfehlung der Kommission bezüglich eines Mandats für Verhandlungen über ein Investitionsabkommen mit China.

Handel mit den regionalen Partnern der EU

Verhandlungen über ein tiefgreifendes und umfassendes Freihandelsabkommen (DCFTA) mit Marokko begannen im April und weitere Aktivitäten in Richtung der südlichen Nachbarländer der EU wurden unter irischem Ratsvorsitz gesetzt im Rahmen von Vorbereitungstreffen für Handelsabkommen mit Jordanien und Tunesien. Des Weiteren konnte der Ratsvorsitz eine Einigung über den Wortlaut eines DFCTA-Abkommen mit Moldawien und Fortschritte in Bezug auf ein Abkommen zur Liberalisierung der Visabestimmungen erzielen.

Omnibus-Akte I und II

Der Ratsvorsitz erzielte eine Einigung mit dem Europäischen Parlament in zweiter Lesung über die Abänderung bestimmter Verfahrensregeln im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik zur Übernahme handelsrelevanter Gesetze, die durch das Abkommen von Lissabon in Kraft getreten sind, in die Gesetzgebung der Mitgliedsstaaten. Die Einigung über die Omnibus I und II Akten stellt einen wichtigen Erfolg des Ratsvorsitzes im Bereich der Handelspolitik dar.

Förderung von Frieden und Demokratie in Europa und seinen Nachbarstaaten

Die Erweiterungspolitik ist das effizienteste Werkzeug der EU für die Förderung und den Schutz von Sicherheit, Demokratie, Stabilität, Menschenrechten und Wohlstand in ganz Europa und das Vorantreiben des Erweiterungsprozesses war ein wichtiger Teil der Arbeit des irischen Ratsvorsitzes. Im Verlauf des Ratsvorsitzes konnten Fortschritte in Richtung Beitritt für eine Reihe von Ländern erzielt werden.

Im Mai veranstaltete der irische Ratsvorsitz eine hochrangige Konferenz in Dublin aus Anlass des zehnten Jahrestages des EU-Westbalkan-Gipfels, die die Fortschritte im Beitrittsprozess der verschiedenen Länder im Verlauf des letzten Jahrzehnts evaluieren und Vorschläge erarbeiten sollte, wie die Länder des Westlichen Balkan, die sich um eine Mitgliedschaft bemühen, optimal unterstützt werden können.

Sicherung des Beitritts von Kroatien

Der irische Ratsvorsitz hat die Schlussfolgerungen des Rates gesichert, die den abschließenden Kontrollbericht der Beitrittskommission formell begrüßt haben und dadurch den Weg für Kroatien freigemacht haben, das nun mit 1. Juli 2013 der 28. Mitgliedstaat der EU wurde. Der irische Ratsvorsitz begrüßt den Abschluss dieses Prozesses. Der Europäische Rat hatte im Jahr 2004 den Kandidatenstatus Kroatiens – ebenfalls unter irischem Ratsvorsitz – bestätigt.

Serbien/Kosovo – Bilaterales Abkommen und Schlussfolgerungen des Rates

Der Dialog zwischen Belgrad und Pristina fand im April seinen Höhepunkt in einem Abkommen zwischen Serbien und Kosovo, welches den Wert und die Bedeutung des Erweiterungsprozesses für Frieden und Stabilität im Westbalkan und in Europa demonstrierte. Bestätigt durch die kontinuierliche Umsetzung des Abkommens entschied der Europäische Rat im Juni, die Beziehungen mit beiden Ländern zu intensivieren durch den Eintritt in Beitrittsverhandlungen mit Serbien und den Beginn der Arbeiten an einem Verhandlungsmandat. Der Rat beschloss auch den Beginn von Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Kosovo; dies ist der erste Schritt auf dem Weg zu einer vollen EU-Mitgliedschaft.

Eröffnung eines neuen Kapitels in Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Der Ratsvorsitz hat sich für ein Wiederaufleben des Beitrittsprozesses der Türkei eingesetzt und konnte im Juni eine Einigung über die Eröffnung eines neuen Verhandlungskapitels über Regionalpolitik mit der Türkei erzielen; dies ist das erste neue Kapitel in diesem Prozess seit drei Jahren.



EU-Kommissarin Hedegaard und Minister Hogan im Rat "Umwelt" in Brüssel

Eröffnung eines neuen Kapitels in den Beitrittsverhandlungen mit Montenegro

Im Rahmen des irischen Ratsvorsitzes konnte auch ein weiteres Kapitel über Bildung und Kultur in den Beitrittsverhandlungen mit Montenegro eröffnet werden.

Europäische Nachbarschaftspolitik – Abschluss von Assoziierungsabkommen mit Armenien, Georgien und Moldawien

In Zusammenarbeit mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst konnte der irische Ratsvorsitz im Rahmen des Östlichen Partnerschaftsprozesses Assoziierungsabkommen mit Armenien, Georgien und Moldawien verhandeln. Diese dienen der Umsetzung der europäischen Nachbarschaftspolitik zur Unterstützung und Förderung von Stabilität und wirtschaftlichem Wohlstand an den östlichen und südlichen Grenzen der EU. Die Abkommen leisten auch einen Beitrag zur Förderung demokratischer Reformen und zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung östlich und südlich der Union.

Schlichtungsübereinkommen mit dem Europäischen Parlament über die Entscheidung für makroökonomische Finanzhilfe für Georgien

Makroökonomische Finanzhilfen der EU (MFA) bieten finanzielle Unterstützung für Nicht-EU-Staaten, die in kurzfristige Schwierigkeiten in Bezug auf Zahlungsbilanz oder Haushalt geraten. Die MFA ergänzt längerfristige finanzielle Unterstützung durch die EU und internationalen Institutionen wie den IWF zur Hilfestellung bei Strukturreformen und zur Erhöhung der Stabilität von Drittländern. Der irische Ratsvorsitz vermittelte im Mai eine Einigung mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission über MFA-Hilfsgelder in der Höhe von 46 Millionen Euro. Die Entscheidung über Georgien ging Hand in Hand mit einer Erklärung, die sicherstellen soll, dass Entscheidungen in Bezug auf makroökonomische Finanzhilfen für Drittländer innerhalb eines breiteren Rahmens und auf ordentlicher und effektiver Basis getroffen werden können.

Unterstützung des weltweiten Friedens und der Sicherheit

Der irische Ratsvorsitz leistete einen aktiven Beitrag zur Unterstützung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) sowie der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik durch seine Anwesenheit im Namen der Hohen Vertreterin bei zahlreichen hochrangigen Dialogen und Tagungen mit Drittstaaten und regionalen Organisationen und anschließende Berichterstattung an das Europäische Parlament, unter anderem über das Ergebnis der Gespräche bei den Tagungen des Rates "Auswärtige Angelegenheiten".

Hervorhebung der humanitären Dimension in den Schlussfolgerungen des Rates zu Syrien

Als Vorsitzland war Irland stets bestrebt, dass bei den Debatten der EU über Politik und Sicherheit im Syrien-Konflikt ebenso eine Analyse der ernsthaften und eskalierenden humanitären Dimension der Krise miteinbezogen wurde.

Im Januar nahm der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) bei dem Informellen Treffen der EU-Minister für Justiz und Inneres in Dublin an einem wichtigen Dialog über Syrien teil. Der Rat widmete sich unter anderem Maßnahmen zur Linderung der Not von Flüchtlingen und Vertriebenen.

Schwerpunkt EU-Afrika-Beziehungen

Im Hinblick auf die Vorbereitungen des im nächsten Jahr stattfindenden EU-Afrika-Gipfels sowie auf die Überarbeitung der Gemeinsamen Strategie EU-Afrika legte der irische Ratsvorsitz einen besonderen Fokus auf die Entwicklung und Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und Afrika. Eine Priorität des irischen Ratsvorsitzes war die Findung einer Lösung für die sich zunehmend verschlechternde Sicherheitslage in Mali. Zu diesem Zweck richtete der irische Ratsvorsitz im Februar ein Treffen der EU-Entwicklungsminister in Dublin aus, bei dem die Entscheidung zur Fortsetzung der Entwicklungshilfeleistung der EU in Mali getroffen wurde.

Eine gemeinsame Stimme zur Verstärkung der Rolle der EU in internationalen Organisationen

Die Zusammenarbeit mit dem EAD zur Förderung größerer Effektivität und Kohärenz im außenpolitischen Handeln der EU mit den Vereinten Nationen und anderen multilateralen Organisationen war eine Priorität des irischen EU-Ratsvorsitzes. Im Zusammenhang mit Irlands derzeitiger Mitgliedschaft im UNO-Menschenrechtsrat setzte sich der Ratsvorsitz für eine aktive Beschäftigung der EU mit Menschenrechtsfragen ein. Dies erforderte eine enge Zusammenarbeit mit der EU-Delegation in Genf zur Gewährleistung der Annahme von vier von der EU angestrebten Resolutionen – über die Demokratische Volksrepublik Korea, Myanmar/Birma, Religions- und Glaubensfreiheit, sowie über die Rechte von Kindern – bei der 22. Versammlung des Menschenrechtsrates. Irland war im Namen der EU bei den Verhandlungen im Rahmen der 57. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für den Status der Frauen anwesend, bei der die Schlussfolgerungen zur Verbrechensverhütung und Beseitigung der Gewalt gegen Frauen und Kinder erfolgreich angenommen werden konnten.

Förderung von Frieden, Abrüstung und Nicht-Verbreitung von Waffen

Im Rahmen seines Ratsvorsitzes konnte Irland politische Maßnahmen und den Standpunkt der EU in Debatten zur Abrüstung und Nicht-Verbreitung von Waffen mitgestalten, unter anderem bei der 3. Konferenz zur Überprüfung des Übereinkommens über das Verbot chemischer Waffen in Den Haag im April dieses Jahres. Der Ratsvorsitz pflegte eine enge Zusammenarbeit mit dem EAD bei den im März stattgefundenen Verhandlungen mit der UNO über das Waffenhandelsübereinkommen, das am 2. April in New York erfolgreich angenommen werden konnte.

Förderung der Menschenrechte

Der irische Ratsvorsitz arbeitete hart an dem Vorantreiben der EU-Menschenrechtsagenda einschließlich der Umsetzung des Strategischen Rahmens der EU sowie des Aktionsplans für Menschenrechte. Im Rahmen des Ratsvorsitzes verabschiedete der Rat für Allgemeine Angelegenheiten drei Pakete mit Menschenrechtsleitlinien, auf die sich die internationale Tätigkeit der EU in folgenden menschenrechts-spezifischen Prioritätsbereichen stützen wird: Todesstrafe, Religions- und Glaubensfreiheit, Leitlinien zur Förderung und zum Schutz der Ausübung aller Menschenrechte durch Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender- und Intersex-Personen.

Stärkung der Kapazitäten der EU bei der Konfliktverhütung und -beilegung

Aufbauend sowohl auf die Erfahrungen Irlands im Friedensprozess in Nordirland als auch auf seinen Vorsitz in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Jahr 2012 setzte der irische Ratsvorsitz einen besonderen Schwerpunkt auf die Kapazitäten der EU in den Bereichen Konfliktverhütung und -beilegung. Dies erforderte eine enge Zusammenarbeit mit dem EAD und dem Europäischen Parlament bei der Ausrichtung einer gemeinsamen Konferenz in Brüssel im Mai mit dem Titel "Die EU als Friedensstifterin". Bei der Konferenz trafen Experten aus der EU, den Vereinten Nationen und aus der Zivilgesellschaft zusammen, um gemeinsam Wege zur Stärkung der Kapazitäten der EU in den Bereichen Konfliktverhütung und -beilegung zu finden.

Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Im Bereich der Verteidigungspolitik hat der irische Ratsvorsitz ein ehrgeiziges Programm verfolgt zur Gewährleistung des steten Ausbaus der Kapazitäten der EU im Bezug auf Frieden und Sicherheit in der Welt mittels einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). In enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst, der Europäischen Kommission und der Europäischen Verteidigungsagentur hat der irische Ratsvorsitz sich in internationalen Organisationen wie der UNO, der Afrikanischen Union oder der NATO engagiert, um die Kapazität der EU und ihrer Mitgliedsstaaten bei der Unterstützung von Friedenseinsätzen zu verbessern.

Unterstützung von Krisenbewältigungseinsätzen

Im Rahmen einer außerordentlichen Tagung des Rates am 17. Januar zur Besprechung der sich verschlechternden Lage in Mali bewilligte der Rat für Auswärtige Angelegenheiten die Einführung der Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung der malischen Streitkräfte (EUTM Mali). Bei der Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten im Mai wurde die Aufnahme der Verhandlungen mit Libyen über den Status der Mission der Europäischen Union zur Unterstützung des integrierten Grenzmanagements in Libyen (EUBAM Libya) autorisiert.



Minister für Handel und Entwicklung Costello in Brüssel

Beitritt der EU zum Europäischen Übereinkommen über die Menschenrechte und Grundfreiheiten (EGMR)

Der Vertrag von Lissabon sieht den Beitritt der EU zum Europäischen Übereinkommen über die Menschenrechte und Grundfreiheiten (EGMR) vor. Dies bedeutet, dass alle Maßnahmen der EU-Organe und -Einrichtungen im Einklang mit diesem Übereinkommen erfolgen müssen und dass von den Maßnahmen betroffene Personen im Falle eines Verstoßes von der Möglichkeit Gebrauch machen können, Einzelklagen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) einzubringen. Der Ratsvorsitz erzielte eine Einigung über den Wortlaut des Beitrittsübereinkommens.

Internationale Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe

Mehr als 50 Prozent der weltweiten Entwicklungshilfe stammt aus der EU und ihren Mitgliedsstaaten. Die ständige Herausforderung besteht darin zu gewährleisten, dass diese finanzielle Unterstützung so effizient wie möglich

eingesetzt wird, um das Leben der Armen in den Entwicklungsländern zu verändern. Im Rahmen seines Vorsitzes im Rat der Europäischen Union arbeitete Irland eng mit der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik an der EU-Entwicklungspolitik zusammen, insbesondere in den Bereichen Bekämpfung von Armut und Hunger, Förderung des Friedens, Wahrung der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit.

Schlussfolgerungen des Rates zu Nahrungsmittel- und Versorgungssicherheit in der EU-Außenhilfe

Die Bekämpfung des Hungers in der Welt war der Kernpunkt in der Entwicklungshilfe-Agenda des irischen Ratsvorsitzes. Im Mai dieses Jahres sicherte der Ratsvorsitz mit seinen Partnern Schlussfolgerungen des Rates, die eine neue EU-Ernährungspolitik zur Verbesserung der Ernährung von Müttern und Kindern in der EU-Außenhilfe unterstützen. Die Schlussfolgerungen enthielten ebenso einen ehrgeizigen neuen Plan für die Erreichung der Ernährungs- und Versorgungssicherheit für die EU und ihre Mitgliedsstaaten.

Bekämpfung der Auswirkungen des Klimawandels auf Hungersnot in der Welt

Im April hat der irische Ratsvorsitz gemeinsam mit der Mary Robinson Foundation-Climate Justice eine internationale Konferenz über Hunger, Ernährung und Klimagerechtigkeit ausgerichtet, bei der politische Entscheidungsträger und Personen, die von den steigenden Lebensmittelpreisen, Missernten, Unterernährung und Hunger infolge des Klimawandels betroffen sind, unter einem Dach vereint. Bei der Konferenz wurden die am schwersten Betroffenen in den Mittelpunkt des derzeitigen politischen Entscheidungsprozesses zur Entwicklung des internationalen Rahmenwerks für Entwicklung für die Zeit nach 2015 gestellt.

Schlussfolgerungen des Rates zum EU-Konzept für Resilienz

Im Zentrum der Diskussionen der EU-Entwicklungsminister bei ihrem Treffen im Februar in Dublin stand die bessere Verlinkung von Soforthilfe, Wiederaufbau und Entwicklung – mit besonderem Schwerpunkt auf die Lage am Horn von Afrika. Der Fokus des neuen Ansatzes, der in den Schlussfolgerungen festgelegt wurde, liegt auf der Bildung von Resilienz der am meisten gefährdeten Familien und Gemeinschaften in den ärmsten Entwicklungsländern. Ziel ist die

Durchführung politischer Maßnahmen, die zur Stärkung der Reaktionskapazität von betroffenen Gemeinschaften und Ländern und zur besseren Resilienz und Erholung von den Auswirkungen politischer, sozialen, humanitärer und politischer Krisen und zur Vermeidung des Wiederauftretens solcher Krisensituationen beitragen.

Schlussfolgerungen des Rates über die übergreifende Post-2015-Agenda

Die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen spielten bislang eine wesentliche Rolle im Kampf gegen die Armut in der Welt; diese laufen jedoch mit dem Jahr 2015 aus. Beim Informellen Treffen im Bereich Entwicklung im Februar führten die Minister einen ersten umfangreichen Meinungsaustausch über die Planung einer Post-2015-Agenda unter Miteinbeziehung der Ergebnisse des Rio+20-Gipfels über nachhaltige Entwicklung 2012. Infolge der Zustimmung der Entwicklungs- und Umweltministern verabschiedete der Rat im Juni einen gemeinsamen Standpunkt über die Post-2015-Agenda. Die Schlussfolgerungen schaffen einen offenen, kohärenten und reaktiven Ansatz der EU im Vorfeld der hochrangigen UNO-Konferenz über die Millenniums-Entwicklungsziele, welche im September 2013 in New York abgehalten wird, sowie für die Einbindung der EU in alle Foren betreffend Post-2015-Agenda.

Bekämpfung der Auswirkungen des Klimawandels

Der Ratsvorsitz arbeitete ebenso intensiv an einer Lösungsfindung zur Milderung und Bekämpfung der Folgen des Klimawandels durch eine Schwerpunktsetzung auf Gesetzgebung zur Senkung von Emissionen und zur Unterstützung einer umweltschonenderen Zukunft sowohl in der EU als auch global gesehen.

Einigung über CO₂-Emissionen von PKW und Kleintransportern (vorbehaltlich der endgültigen Zustimmung der Institutionen)

PKW und Kleintransporter sind für etwa 13,5 Prozent der CO₂-Emissionen in der EU verantwortlich. Die durch den Ratsvorsitz im Juni ausgehandelten Einigungen mit dem Europäischen Parlament (die nun noch der endgültigen Zustimmung der Institutionen unterliegen) werden CO₂-Emissionen von PKW und Kleintransporter deutlich reduzieren. Beide Richtlinien schreiben den Herstellern striktere CO₂-Emissionsgrenzen vor. Die Richtlinien bringen Vorteile sowohl für die Umwelt als auch für treibstoffsparende Fahrzeughalter.

Schlussfolgerungen des Rates zur EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel

Die im Europäischen Rat im Juni verabschiedete EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel strebt ein klimaresistenteres Europa, verbesserte Abwehrbereitschaft und Reaktionsfähigkeit im Hinblick auf den Klimawandel auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene an, indem der Austausch von Know-how zwischen den EU-Mitgliedsstaaten und regionaler Körperschaften gefördert und erleichtert wird. Die Strategie betont auch die Notwendigkeit, Anpassungsagenden in allen politischen Bereichen und auf allen Regierungsebenen mit zu berücksichtigen und sicherzustellen, dass Versicherungsgesellschaften gemeinsam mit ihren Kunden an der Reduzierung der durch den Klimawandel bedingten Risiken arbeiten.

'Stop the Clock': Einigung zum Emissionshandelssystem im Flugverkehr

Das Europäische Emissionshandelssystem (EU ETS) ist seit 2005 in Kraft und dient der kosteneffizienten Reduktion von Treibhausgasemissionen; es ist ein wichtiges Element des europäischen Engagements im Kampf gegen den Klimawandel. Die internationale Zivillflugorganisation der Vereinten Nationen (ICAO) ist bestrebt, eine Einigung über eine global wirksame, marktbasierende Maßnahme zur Reduktion von Treibhausgasemissionen des internationalen Flugverkehrs zu erreichen und arbeitet an einem Zeitplan, der eine solche Einigung anlässlich des ICAO-Treffens Ende dieses Jahres vorsieht. Im März hat der irische Ratsvorsitz eine Einigung mit dem Europäischen Parlament über einen Vorschlag erzielt, den Emissionshandel für interkontinentale Flüge für ein Jahr bis Ende 2014 auszusetzen ('Stop the Clock'); dies ist eine Geste des guten Willens, die Fortschritte bei den ICAO-Verhandlungen erleichtern sollen.

Fortschrittsbericht über Richtlinie zu fluorierten Gasen (F-Gasen)

Fluorierte Gase (F-Gase) sind künstlich hergestellte Gase für den industriellen Gebrauch. F-Gase tragen enorm zum Treibhauseffekt und zur globalen Erwärmung bei. Der Fortschrittsbericht, den der irische Ratsvorsitz im ENVI-Rat im Juni vorgelegt hat, zielt auf eine Reduzierung der F-Gase und die Minderung der negativen Effekte auf die Umwelt ab.

UN-Rahmenabkommen über den Klimawandel (UNFCCC)

Der EU fällt eine zentrale Rolle bei der Entwicklung von Lösungen der Probleme im Hinblick auf die weltweite Bedrohung durch den Klimawandel zu, unter anderem durch Teilnahme an den Verhandlungen im Rahmen des UN-Rahmenabkommens über den Klimawandel. Unter irischem Ratsvorsitz konnte die EU ihre aktive und positive Rolle in diesen Verhandlungen weiter führen, die auf ein neues weltweites Abkommen zwischen allen Vertragsparteien bis 2015 abzielen und die Bemühungen um Abschwächungsmaßnahmen bis 2020 steigern sollen; beide Ziele sollen den Temperaturanstieg unter 2°C halten. Fortschritte konnten auch bei der Umsetzung von bereits existierenden Abkommen erzielt werden, so etwa bei der Entwicklung eines besseren Verständnisses dafür, wie wir die Rolle der Land- und Forstwirtschaft im Kontext des Klimawandels gestalten sollen.

Externe Dimension des Politikbereichs Justiz und Inneres

Einigung über das Gemeinsame Europäische Asylsystem

Der irische Ratsvorsitz sicherte eine Einigung über die zwei noch ausstehenden Teile des Gemeinsamen Europäischen Asylrechts: die **Asylverfahrensrichtlinie**, die Mindeststandards für die Gewährung und die Entziehung des Flüchtlingsstatus festlegt; und die **Eurodac-Verordnung**, die sich mit dem System **für den Vergleich von Fingerabdrücken von Asylantragstellern und einigen Kategorien illegaler Immigranten befasst**.

Einigung über die Einführung eines Europäischen Grenzüberwachungssystems (EUROSUR)

Der irische Ratsvorsitz konnte ein vorläufiges Abkommen mit dem Europäischen Parlament über die Verordnung zur Einführung eines Europäischen Grenzüberwachungssystems (EUROSUR) erreichen. Die Verordnung sieht die Einführung eines Mechanismus für Grenzüberwachungsbehörden zum Austausch operativer Informationen und deren Zusammenarbeit zur Senkung der Anzahl der Immigranten, die illegal in die EU gelangen, vor. Das System dient ebenso der Verhinderung von grenzüberschreitender Kriminalität, wie beispielsweise Menschenhandel und Drogenschmuggel.

Verordnungen zur Einrichtung von Fonds im Bereich Justiz und Inneres

Der Ratsvorsitz konnte erhebliche Fortschritte erzielen und eine gute Basis für eine Einigung über die Einrichtung folgender Fonds erzielen:

- » Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Etablierung eines Asyl- und Migrationsfonds
- » Vorschlag für eine Verordnung zur Einrichtung eines Teilbereichs im Rahmen des Fonds für Interne Sicherheit, das Instrument zur finanziellen Unterstützung von Außengrenzen und Visa
- » Vorschlag für eine Verordnung mit allgemeinen Bestimmungen für den Asyl- und Migrationsfonds und den Fonds für Interne Sicherheit

Visa- und Rückübernahmeabkommen

Der Ratsvorsitz konnte bedeutende Fortschritte in den Verhandlungen über die vorgeschlagenen Änderungen der Visumsverordnung aus dem Jahr 2001 erzielen; diese enthält eine Liste der Drittländer, deren Bürger ein Visum benötigen, um die Außengrenzen der EU zu überschreiten, wie auch der Länder, die von dieser Anforderung ausgenommen sind.

Visaerleichterungsabkommen mit Moldawien und der Ukraine konnten im Rahmen des Ratsvorsitzes abgeschlossen werden und mit Kap Verde und Armenien wurden Rückübernahmeabkommen unterzeichnet, die nun die notwendigen Formalitäten bis zur endgültigen Verabschiedung durchlaufen. Darüber hinaus konnte der Ratsvorsitz signifikante Fortschritte im Bezug auf das Visaerleichterungsabkommen zwischen EU und Russland erzielen.

Erhöhung der Sicherheit in Europa – Bekämpfung von schwerer Kriminalität und Terrorismus

Der Ratsvorsitz sorgte für einen kontinuierlichen Dialog über die Bekämpfung von Terrorismus und organisiertem Verbrechen. Bei dem Informellen Treffen der EU-Minister für Justiz und Inneres im Januar in Dublin erneuerten die Minister ihr unverändert starkes Engagement im Kampf gegen Terrorismus und organisiertes Verbrechen.

Der Ratsvorsitz hat darüber hinaus intensiv an der Bewältigung der Radikalisierung gearbeitet. Bei der Ratstagung im Juni führten die Minister eingehende Gespräche über potenzielle Bedrohungen durch ausländische Kämpfer und Rückkehrende aus Krisenregionen unter dem Aspekt der Terrorismusbekämpfung, mit besonderem Blick auf Syrien. In beiden Fällen wurde der EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung mit der Formulierung von Folgemaßnahmen betraut und die entsprechende Arbeit wurde bereits aufgenommen.

Der Ratsvorsitz sicherte ebenso Schlussfolgerungen des Rates zur Änderung der Strategie der EU zur Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung für den Terrorismus und über die stärkere Einbindung von Sicherheitsbehörden in sicherheitsrelevante Forschungs- und Industriepolitik.

Im Hinblick auf den Kampf gegen organisiertes Verbrechen und infolge der Veröffentlichung des ersten SOCTA-Berichts (**S**erious and **O**rganised **C**rime **T**hreat **A**ssessment) durch die Europol im März, sicherte der irische Ratsvorsitz ein Abkommen über die Prioritäten der Europol in diesem Bereich für den zweiten EU-Politikzyklus zur Bekämpfung der organisierten und schweren internationalen Kriminalität 2014-2017. Zu den Prioritäten zählen Bekämpfung von illegaler Immigration, Menschenhandel, nachgeahmter Ware, (MwSt.-)/Steuerbetrug und Betrug bei Verbrauchssteuern, synthetische Drogen sowie Heroin und Kokain, Schusswaffen, Cyberkriminalität und der Kampf gegen Finanzkriminalität.

Der irische Ratsvorsitz hat des Weiteren gemeinsam mit dem zypriotischen Ratsvorsitz einen Leitfaden mit Best-Practice-Beispielen im Kampf gegen die Finanzkriminalität herausgegeben.

Darüber hinaus sicherte der Ratsvorsitz eine Einigung über Schlussfolgerungen des Rates über das Europäische Modell für den Informationsaustausch, welches Strafverfolgungsbehörden den Zugang zu Informationen aus anderen Mitgliedsstaaten erleichtern wird.

Die Entwicklung eines europaweiten Systems zur verstärkten Zusammenarbeit bei der Beschlagnahme von Vermögen aus Straftaten war eine der Prioritäten des irischen EU-Ratsvorsitzes. Im Anschluss an die Orientierungsabstimmung im Europäischen Parlament am 7. Mai über die Richtlinie zur Beschlagnahme und Einziehung von Vermögen aus Straftaten nahm der Ratsvorsitz umgehend Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament auf. Wir hoffen, dass diese Gespräche als Plattform für eine zeitige Annahme der Richtlinie dienen wird.

Annahme des EU-Aktionsplans zur Drogenbekämpfung 2013-2016

Im Juni nahm der Rat "Justiz und Inneres" einen Vierjahres-Aktionsplan zur Bekämpfung der Drogenproblematik für den Zeitraum 2013-2016 an. Der Aktionsplan beinhaltet eine Vielzahl konkreter Maßnahmen zur Erreichung der Ziele unter der EU-Drogenstrategie in den zwei politischen Themenbereichen: Senkung der Drogennachfrage und Senkung des Drogenangebots. In dem Aktionsplan, dessen Ziel die Bekämpfung der verheerenden potenziellen Auswirkungen von Drogen auf Betroffene, ihre Familien und die Gemeinschaft als Ganzes ist, werden ebenso Fragen der Koordinierung, internationalen Zusammenarbeit und Information, Forschung, Überwachung und Evaluierung behandelt.

Einigung über Drogenausgangsstoffe

Der irische Ratsvorsitz sicherte eine Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament zur Änderung der Verordnung über Drogenausgangsstoffe; dies sind Chemikalien, die weitgehend zur Herstellung von Produkten des täglichen Gebrauchs (wie beispielsweise Reinigungsmittel) verwendet werden, die jedoch auch für die illegale Herstellung von Suchtstoffen herangezogen werden können. Dieses neue Abkommen wird eine Verbesserung und Verstärkung harmonisierter Maßnahmen zur Kontrolle und Überwachung dieser Substanzen mit doppeltem Verwendungszweck innerhalb der EU zur Bekämpfung der Herstellung und des Handels illegaler Drogen bringen.

Aktionsprogramm für das Zollwesen in der Europäischen Union in den Jahren 2014- 2020 (Zoll 2020)

Der irische Ratsvorsitz erreichte eine Einigung mit dem Europäischen Parlament in erster Lesung über diese Verordnung, die zu einer Stärkung der Funktionsfähigkeit der Zollunion und des EU-Binnenmarktes beitragen soll, indem die Zusammenarbeit zwischen Zollbehörden und anderen Stakeholdern durch Maßnahmen wie Networking, Kompetenzbildung und Verbesserung der IT-Kapazitäten verbessert wird. Das Aktionsprogramm Zoll 2020 fördert die effiziente und einheitliche Anwendung von Zollgesetzen und wird einen Beitrag zur Strategie Europa 2020 für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum leisten.

Bereitstellung von Informationen über Rechte von Opfern des Menschenhandels

In Anlehnung an die Strategie der EU zur Beseitigung des Menschenhandels 2012-2016 verfasste die Europäische Kommission ein Dokument mit dem Titel ‚EU-Rechte von Opfern des Menschenhandels‘. Dieses Schriftstück enthält einen benutzerfreundlichen Überblick über die bestehenden EU-Instrumente im Bereich Opferschutz und -Unterstützung. Daran anknüpfend sicherte der irische Ratsvorsitz bei der Tagung des Rates „Justiz und Inneres“ eine Einigung über Schlussfolgerungen des Rates über ein EU-Rahmenwerk für die Information über die Rechte von Opfern des Menschenhandels.

Erlass einer neuen Verordnung über die Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums (IPR) durch die Zollbehörden

Die Verletzung von Rechten des geistigen Eigentums im Warenhandel ist ein weltweites Problem, das Unternehmen und Endverbraucher gleichermaßen betrifft. Der irische Ratsvorsitz hat eine Einigung mit dem Europäischen Parlament über eine neue Verordnung erreicht, die die Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums durch die Zollbehörden vorsieht. Die Verordnung dient der Vereinfachung und Stärkung von Maßnahmen im Kampf gegen den Handel mit gefälschten Waren, indem Produkte, die im Verdacht stehen, gegen Rechte des geistigen Eigentums zu verstoßen, vernichtet werden. Durch den Schutz dieser Rechte werden die Arbeitsplätze von Herstellern legitimer Produkte geschützt und die Rechte und Sicherheit von Endverbrauchern, die diese Produkte kaufen, sichergestellt.

Allgemeiner Ansatz über die Richtlinie zum Kampf gegen den Betrug zum Schutz der finanziellen Interessen der Union mittels strafrechtlicher Verfolgung

Die Europäische Kommission schätzt, dass Betrugsdelikte im Jahr 2010 den finanziellen Interessen der Union einen Schaden von über 600 Millionen Euro zugefügt haben. Obwohl die EU eine Einigung über Gesetze im Kampf gegen Geldwäsche und Korruption erzielt hat, bestehen weiterhin große Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten im Bezug auf Regelungen und Sanktionen. Der irische Ratsvorsitz erzielte eine Einigung der Mitgliedsstaaten über einen Allgemeinen Ansatz für diesen Entwurf einer Richtlinie, die die

bereits bestehenden gesetzlichen Regelungen stärken soll und die finanziellen Interessen der EU im Kampf gegen Delikte wie Betrug, Korruption und Geldwäsche schützen soll.

Einrichtung eines Fonds für innere Sicherheit zur finanziellen Unterstützung von polizeilicher Zusammenarbeit, Vermeidung und Bekämpfung von Verbrechen und Krisenmanagement

Dieser Vorschlag beinhaltet Regeln für die Ausschüttung von EU-Geldern im Bereich polizeilicher Zusammenarbeit, interner Sicherheit und Krisenmanagement, die das hohe Sicherheitsniveau in der EU aufrecht erhalten helfen sollen. Der Fonds soll die Kapazitäten der Mitgliedsstaaten stärken, sicherheitsrelevante Risiken und Krisen zu bewältigen, zur Verbrechensprävention beitragen und die Koordinierung und Kooperation von Vollzugsbehörden der Mitgliedsstaaten stärken. Der irische Ratsvorsitz konnte die letzten verbleibenden technischen Punkte in diesem Dossier erledigen.

Schengen

Einigung über die Verwaltung des Schengen-Systems

Ein Durchbruch für den irischen Ratsvorsitz war die Einigung über das Paket zur Verwaltung des Schengen-Systems. Die darin enthaltenen Regelungen werden für Konsistenz und Proportionalität bei der vorübergehenden Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen in Ausnahmefällen sorgen und ein strikteres und konsequenteres System zur Umsetzung des Schengen-Besitzstands schaffen. Die erzielte Einigung ermöglichte ebenso erneute Fortschritte in einer Reihe von Dossiers aus dem Justizbereich, deren Verhandlungen seit Juni 2012 ausgesetzt wurden. Das Paket zur Verwaltung des Schengen-Systems wird die Sicherheit und Stabilität des grenzfreien Reisens, das vielen Millionen von Bürgern jedes Jahr zu Gute kommt, verstärken.

Einigung über den Schengener Grenzkodex

Dieser Vorschlag wird für mehr Klarheit sorgen und bietet gleichzeitig eine Lösung für praktische Probleme, die sich in den ersten Jahren des Einsatzes des Schengener Grenzkodex ergeben hatten. Er schafft zusätzlich eine klare Rechtsgrundlage für bilaterale Abkommen im Hinblick auf gemeinsame

Grenzkontrollen an Straßengrenzübergangsstellen. Dank des vom irischen Ratsvorsitz erzielten Durchbruchs über das Paket zur Verwaltung des Schengen-Systems konnte die Maßnahme formal angenommen werden.

Einführung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II)

Am 9. April beaufsichtigte der irische Ratsvorsitz die erfolgreiche Einführung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II). Hierbei handelt es sich um einen unerlässlichen Bestandteil des Schengen-Raums, der den Informationsaustausch zwischen der Polizei und Grenzüberwachungsbehörden der Mitgliedsstaaten erleichtern wird.

4. Europa für Bürgerinnen und Bürger

Das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger mit Schwerpunkt auf die Rechte, die wir als EU-BürgerInnen in der Europäischen Union genießen, wurde im Januar gemeinsam von Kommissionspräsident Barroso, dem irischen Premierminister und dem Vizepremier in Dublin offiziell ausgerufen.

Irland führte einen Ratsvorsitz mit Blick auf die Bürger – und das in allen Politikbereichen, von bedeutenden wirtschaftlichen Maßnahmen bis hin zu Bereichen, die unmittelbar positive Veränderungen für das Leben der BürgerInnen bringen, wie beispielsweise Sicherheit von Arbeitnehmern, Verbraucherschutz, öffentliches Gesundheitswesen sowie Rechtsschutz und Menschenrechte.

Auch beim Entscheidungsfindungsprozess in der Europäischen Union muss der Bürger im Zentrum stehen. Im Januar wurde ein Informelles Treffen der Minister für Europäische Angelegenheiten in Dublin ausgerichtet, um über die Auswirkungen engerer ökonomischer und haushaltspolitischer Integration auf die demokratischen Legitimität und Rechenschaftspflicht zu beraten. Bei dem Treffen wurden Wege zur Verbesserung der Kommunikation mit den Bürgern besprochen sowie Möglichkeiten, die sicherstellen sollen, dass das Europäische Parlament und nationale Parlamente ihre volle Rolle im Entscheidungsfindungsprozess spielen. Im Juni wurden diese Gespräche anlässlich von Besuchen von Repräsentanten der nationalen Parlamente und EU-Institutionen im irischen Parlament (Oireachtas) wiederaufgenommen.

Schlussfolgerungen des Rates über ein Sozialinvestitionspaket

Irland führte den Vorsitz über Gespräche des Rates zur Einigung über Schlussfolgerungen über ein Sozialinvestitionspaket. Dieses weitreichende Maßnahmenpaket enthält Leitlinien für die Mitgliedsstaaten zur effektiveren Investition in Sozialschutzmaßnahmen für anhaltende positive Ergebnisse, insbesondere einer hohen Beschäftigungsrate und der Reduzierung sozialer Ausgrenzung. Das Paket spannt den Bogen von Kindesversorgung und Gesundheitswesen über allgemeine und berufliche Bildung bis hin zum

Wiedereintritt in die Erwerbstätigkeit und Umschulung; es erfüllt somit das Ziel Irlands einen Ratsvorsitz zu führen, der etwas bewegt – einen Ratsvorsitz mit Blick auf die Menschen.

Einigung über das Programm “Europa für Bürgerinnen und Bürger”

Die EU muss den Bürgerinnen und Bürgern noch mehr Gehör schenken und zur Gänze gewährleisten, dass ihre Ansichten und Meinungen in künftigen Entwicklungen in Europa Berücksichtigung finden. Im Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger erzielte der Ratsvorsitz eine Einigung unter den Mitgliedsstaaten über das Programm “Europa für Bürgerinnen und Bürger”; dass die demokratische Einbindung, Bürgerbeteiligung und “Aktive europäische Erinnerung” durch Projekte reichend von Nichtregierungsinformationsprogrammen bis hin zu Städtepartnerschaften, Freiwilligentätigkeiten und Austauschprogrammen fördert. Diese Einigung muss nun abschließend noch vom Europäischen Parlament abgesegnet werden.

Einigung über die Richtlinie zur gegenseitigen Anerkennung von Schutzmaßnahmen in Zivilsachen

Die Richtlinie zur gegenseitigen Anerkennung von Schutzmaßnahmen in Zivilsachen (“Schutzanordnung”) wurde bei der Tagung des Rates “Justiz und Inneres” im Juni 2013 formal angenommen. Die Richtlinie ist Teil eines Gesetzgebungspakets (des “Opfer-Pakets” der Europäischen Kommission), das darauf abzielt, die Rechte von Opfern in der EU umfassend zu stärken und dafür zu sorgen, dass eine Schutzanordnung wie eine einstweilige Verfügung immer noch rechtlich durchsetzbar ist, wenn das Opfer von einem Mitgliedsstaat in ein anderes reist oder umzieht.

Einigung über die Richtlinie über das Recht auf Rechtsbeistand in Strafverfahren

Sowohl die Charta der Grundrechte der Europäischen Union als auch die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte wahren das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren und das Recht auf Verteidigung. Die mit dem Europäischen Parlament im Juni vereinbarte Richtlinie stellt sicher, dass verdächtige oder beschuldigte Personen das Recht auf Rechtsbeistand in Strafverfahren und das Recht auf Kontaktaufnahme bei der Festnahme haben. Dies ist ein weiterer Schritt in einer Reihe von Maßnahmen zur Sicherung der Mindestrechte auf ein faires Strafverfahren in der gesamten EU.

Fortschrittsbericht zu Frauen in Unternehmensvorständen

Die vorgeschlagene Richtlinie verpflichtet die Mitgliedsstaaten, Maßnahmen zu ergreifen um sicherzustellen, dass bis 2020 eine Geschlechterquote von mindestens 40 Prozent aller Vorstandsmitglieder in börsennotierten Unternehmen (außer KMU) gegeben ist. Der Ratsvorsitz brachte die erste Lesung eines Vorschlags für eine Richtlinie zur Geschlechtergleichstellung bei nicht-geschäftsführenden Aufsichtsratsmitgliedern in börsennotierten Unternehmen und begleitende Maßnahmen zum Abschluss. Er legte den Mitgliedsstaaten Ende Juni einen überarbeiteten Entwurf der vorgeschlagenen Richtlinie vor; diese dient nun als solide Basis für die weitere Arbeit des litauischen Ratsvorsitzes an diesem Dossier.

Bekämpfung der Diskriminierung

Der Ratsvorsitz legte einen Fortschrittsbericht über Gesetzgebungsvorschläge zur Umsetzung des Prinzips der Gleichbehandlung aller Personen — ungeachtet ihrer Rasse oder ethnischen Herkunft in Beschäftigung und Beruf, der Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen, im Bildungswesen und im Sozialschutz — vor. Vorschläge der Kommission, die die Achtung der Rechte von Migrantenarbeitern und ihren Familien in der EU sicherstellen, wurden ebenso vom irischen Ratsvorsitz vorangebracht.

Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Homophobie

Die Stärkung der Grundrechte in der EU war ein Hauptschwerpunkt des irischen Ratsvorsitzes im Bereich Justiz und Inneres. Bei dem Informellen Treffen der EU-Minister im Januar in Dublin regte der Ratsvorsitz eine Debatte über die Wichtigkeit der Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Homophobie an. Bei der Tagung des Rates "Justiz und Inneres" im Juni nahm der Rat Schlussfolgerungen zu Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit und zu dem Bericht der Kommission von 2012 über die Anwendung der Charta der Grundrechte der EU an. Im Rahmen dieser Schlussfolgerungen legte der Rat fest, bei den nächsten Treffen weiter auf die potentielle Notwendigkeit von Maßnahmen oder Initiativen zum besseren Schutz der Grundrechte einzugehen – insbesondere im Hinblick auf Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte von Personen in der EU und Bekämpfung extremer Formen von Intoleranz wie Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Homophobie.

Vorschlag zur Einrichtung des Justizprogramms (2014-2020)

Dieser Vorschlag soll drei existierende Programme ersetzen und zur Förderung einer effizienten, umfassenden und konsistenten Umsetzung von EU-Gesetzen im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in zivil- und kriminalrechtlichen Angelegenheiten beitragen und den Zugang zur Justiz vereinfachen. Der Ratsvorsitz konnte die letzten technischen Details für dieses Dossier erledigen.

Vorschlag zur Einrichtung eines Programms für Rechte, Gleichstellung und Bürgerschaft (REC)

Dieser Vorschlag beinhaltet die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder und die Förderung von Bürgerrechten, die Rechte von Kindern, Nicht-Diskriminierung, Datenschutz und Verbraucherschutz im Binnenmarkt. Der Ratsvorsitz konnte die letzten technischen Details für dieses Dossier erledigen.



Vizepräsidentin der Kommission Reding und Minister Shatter



TEIL II:

UNTER IRISCHEN
RATSVORSITZ ERZIELTE
ERGEBNISSE NACH
RATSFORMATIONEN

Allgemeine Angelegenheiten (RAA)

- » Regierungskonferenz mit Montenegro: Eröffnung und vorläufiger Abschluss des Kapitels 26 der Beitrittsverhandlungen (Bildung und Kultur)
- » Einigung des Rates über die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Serbien
- » Einigung des Rates über die Aufnahme der Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit dem Kosovo
- » Einigung über die Eröffnung des Kapitels 22 der Beitrittsverhandlungen (Regionalpolitik) mit der Türkei
- » Einigung mit dem Europäischen Parlament über die Überarbeitung der Regelungen des Bedienstetenstatus
- » Schlussfolgerungen des Rates über die Europäische Strategie für Computer- und Netzsicherheit (Cyber Strategy)
- » Schlussfolgerungen des Rates über die integrierte Meeresspolitik
- » Schlussfolgerungen des Rates über Bulgarien und Rumänien: Kooperations- und Kontrollverfahren
- » Schlussfolgerungen des Rates, die die bereits erzielten Fortschritte und den bevorstehenden Beitritt Kroatiens zur EU begrüßen
- » Schlussfolgerungen des Rates über "die übergreifende Post-2015-Agenda"
- » Einigung des Rates über die Grundnormenrichtlinie (Strahlenschutz)
- » Annahme der integrierten EU-Krisenbewältigungsregelungen
- » Annahme technischer Änderungen bezüglich des Beitritts von Kroatien
- » Annahme eines Beschlusses zur Einführung von Richtlinien für die Kommission bei den Verhandlungen der Überarbeitung des Übereinkommens über nukleare Sicherheit
- » Annahme eines Beschlusses zur Erhöhung der Anzahl der Generalanwälte des Gerichtshofs
- » Billigung der Galway-Erklärung zum Start des Atlantik-Forschungsbündnisses mit Kanada und den USA zur Zusammenarbeit im Bereich Atlantischer Ozean
- » Fortschrittsbericht über das Legislativpaket zur Kohäsionspolitik

Rat für Auswärtige Angelegenheiten (RAB)

Auswärtige Angelegenheiten

- » Beschluss des Rates über die Einrichtung einer EU-Ausbildungsmission in Mali als Beitrag zur Ausbildung der malischen Streitkräfte (EUTM Mali)
- » Milderung der EU-Sanktionen gegen Syrien, inklusive des Ölembargos, im Hinblick auf eine Hilfestellung für die Zivilbevölkerung und die Unterstützung der Opposition des Landes

- » Aufhebung der EU-Sanktionen gegen Birma/Myanmar, mit Ausnahme des Waffenembargos und die Lieferung von Ausrüstungsgegenständen, die zur inneren Unterdrückung verwendet werden können
- » Beschluss des Rates zur Einführung einer EU-Mission für die integrierte Grenzverwaltung in Libyen (EUBAM Libya)
- » Verstärkung der restriktiven Maßnahmen der EU gegen die Demokratische Volksrepublik (DVRK) und strengste Verurteilung des von der DVRK durchgeführten Kernwaffentests
- » Der Rat ermächtigte die EU-Mitgliedsstaaten im Interesse der Europäischen Union zur Unterzeichnung des Waffenhandelsübereinkommens
- » Annahme der EU-Unterstützung für einen nachhaltigen Wandel in Übergangsgesellschaften
- » Annahme überarbeiteter Richtlinien zur Todesstrafe
- » Annahme von EU-Richtlinien zur Förderung und zum Schutz der Religions- und Glaubensfreiheit
- » Annahme von Leitlinien zur Förderung und zum Schutz der Ausübung aller Menschenrechte durch Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender- und Intersex-Personen.

Außenhandel

- » Einigung in zweiter Lesung mit dem Europäischen Parlament über die sogenannten Omnibus I & II Dossiers, einschließlich Änderung der Vorschriften für den EU-Entscheidungsfindungsprozess in der Handelspolitik
- » Einigung des Rates über ein Verhandlungsmandat über ein umfassendes Handels- und Investitionsabkommen mit den Vereinigten Staaten
- » Einigung des Rates über ein Verhandlungsmandat über ein Abkommen über den Dienstleistungsverkehr in Genf
- » Schlussfolgerungen über ein tiefgreifendes und umfassendes Freihandelsabkommen mit der Republik Moldau
- » Start der Verhandlungen über ein tiefgreifendes und umfassendes Freihandelsabkommen mit Marokko
- » Eröffnung der Verhandlungen über ein Handelsabkommen zwischen der EU und Japan
- » Beginn der Erörterung des Rates eines Anlagemandats zwischen der EU und China
- » Vorläufige Anwendung der Freihandelsabkommen mit Peru und Kolumbien
- » Vereinfachung der Wahl einer einzigen EU-Präferenz beim Auswahlverfahren des Generaldirektors der Welthandelsorganisation
- » Einigung über Kompromiss über die Markt Zugangsverordnung im März, die vom Rat und vom Europäischen Parlament im Mai abgesegnet wurde

- » Annahme eines Beschlusses, die die Kommission ermächtigt, die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Thailand zu eröffnen; Aufnahme der Verhandlungen infolgedessen
- » Beschluss des Rates zur Festlegung des Standpunkts der Europäischen Union im TRIPs-Rat der Welthandelsorganisation bezüglich einer Anfrage um Verlängerung der Übergangsphase unter TRIPs
- » Wiederaufnahme von Myanmar/Birma ins Allgemeine Zollpräferenzsystem

Entwicklung

- » Schlussfolgerungen des Rates über die übergreifende Post-2015-Agenda
- » Schlussfolgerungen des Rates über das "EU-Konzept für Resilienz"
- » Schlussfolgerungen des Rates zu "Ernährungssicherheit und Nährstoffversorgung in der Außenhilfe"
- » Schlussfolgerungen des Rates über den "Jahresbericht 2013 an den Europäischen Rat über EU-Entwicklungshilfeziele"
- » Schlussfolgerungen des Rates über den "Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs über 17/2012: den Beitrag des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) zu einem nachhaltigen Straßennetz in Ländern Afrikas südlich der Sahara"
- » Einigung des Rates über das interne Abkommen über den 11. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) sowie Einigung des Rates zwischen den AKP-Staaten und der EU über das neue Finanzprotokoll für den 11. EEF für den Zeitraum von 2014-2020
- » Erweiterter Zugang zu den EU-Märkten für afrikanische, karibische und pazifische Exporteure
- » Einigung des Rates zwischen der EU und den AKP-Staaten über den Beitritt der Bundesrepublik Somalia zum Cotonou-Abkommen.
- » Annahme von Empfehlungen über die Entlastung der Europäischen Kommission durch das Parlament bei der Umsetzung der Maßnahmen aus dem 8., 9. und 10. Europäischen Entwicklungsfonds für 2011
- » Einigung auf einen Standpunkt des Rates über die Verordnung über eine neue Freiwilligeninitiative in Sachen EU-Hilfe
- » Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe für Mali

Verteidigung

- » Offizieller Start der militärischen Ausbildungsmission der EU in Mali
- » Aufnahme der vorbereitenden Gespräche mit den Mitgliedsstaaten zur Festlegung der Schlüsselprioritäten im Bereich Verteidigung für den EU-Ratsgipfel im Dezember
- » Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und den Vereinten Nationen durch Vereinfachung der EU-Einbindung

- » Entwicklung eines kohärenteren Ansatzes zur Sicherheit und Verteidigung der strategischen Seeverkehrsinteressen, insbesondere durch Überwachungsmechanismen und andere Elemente zum Beitrag zur maritimen Sicherheit aus den Schlussfolgerungen des Rates über die integrierte Meerespolitik
- » Fortschritte bei der Bereitstellung von verlegefähigen militärischen Kapazitäten für die Gemeinsame Sicherheit- und Verteidigungspolitik der Mitgliedsstaaten im Rahmen der Initiativen der Europäischen Verteidigungsagentur zur gemeinsamen Nutzung und Teilung bestehender Kapazitäten
- » Bewusstseinsbildung im Bereich Computer- und Netzsicherheit (Cyber Security) durch Ausrichtung eines Seminars in Brüssel

Europäische Nachbarschaftspolitik

- » Ausarbeitung eines Assoziierungsabkommens für Armenien
- » Ausarbeitung eines Assoziierungsabkommens für die Republik Moldau
- » Ausarbeitung eines Assoziierungsabkommens für Georgien

Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN)

- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über die Einführung eines Einheitlichen Aufsichtsmechanismus-Pakets – EZB-Verordnung und abgeänderte EBA-Verordnung
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über das Eigenkapitalspaket (Verordnung und Richtlinie) (CRD IV)
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über das “Zweierpaket“ zur Stärkung der wirtschaftlichen und finanziellen Säulen der Wirtschafts- und Währungsunion durch verbesserte Haushalts- und Wirtschaftsüberwachung und die Einführung der Koordinierung der Haushaltspolitiken im Euro-Raum
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über aktualisierte Transparenzernfordernisse für Wertpapieremittenten, die auf einem regulierten Markt handeln dürfen
- » Einigung in erster Lesung über die Richtlinie Fiscalis 2020
- » Vorläufige Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über die Hypothekarkreditrichtlinie
- »



Rede des Premierministers (Taoiseach) Enda Kenny vor dem Lisbon Council

- » Schlichtungsübereinkommen über makroökonomische Finanzhilfe für Georgien
- » Einigung mit dem Europäischen Parlament über Marktmissbrauchsverordnungen
- » Allgemeiner Ansatz über die Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID)
- » Allgemeiner Ansatz über die Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Banken (BRR) – Rahmenwerk für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Investmentfirmen
- » Allgemeiner Ansatz über die Verordnungen über Anlageprodukte für Kleinanleger (PRIIPs)
- » Politische Einigung über den Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2 zum EU-Haushaltsplan 2013
- » Politische Einigung über den Schnellreaktionsmechanismus (SRM) bei Mehrwertsteuerbetrug
- » Politische Einigung über das Reverse Charge-Verfahren (Umkehrung der Steuerschuldnerschaft) bei der Mehrwertsteuer
- » Politische Einigung über die Durchführungsverordnung bezüglich Mehrwertsteuervorschriften für grenzüberschreitende Dienstleistungen
- » Schlussfolgerungen des Rates über die Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFIR)

- » Schlussfolgerungen des Rates zu Steuerflucht und Steuerhinterziehung
- » Schlussfolgerungen des Rates zu makroökonomischen Ungleichgewichten infolge der Überprüfung der Ungleichgewichte in 13 Mitgliedsstaaten
- » Schlussfolgerungen des Rates über den einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA)
- » Schlussfolgerungen des Rates zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen – Anschubfinanzierung
- » Schlussfolgerungen des Rates über die Qualität der öffentlichen Ausgaben
- » Schlussfolgerungen des Rates zur Festlegung seiner Prioritäten für den EU-Haushalt 2014
- » Absegnung des offiziellen Berichts über die Schnellstartfinanzierung der EU und ihrer Mitgliedsstaaten für 2012
- » Annahme einer Richtlinie mit Hinblick auf die Reduzierung des übertriebenen Vertrauens dreierlei Arten von Investoren auf Kreditratings bei der Tötigung ihrer Investitionen
- » Annahme einer Richtlinie und einer Verordnung zur Änderung der EU-Regelungen für Kredit-Ratingagenturen
- » Annahme eines Beschlusses der 11 Mitgliedsstaaten ermächtigt, mit der Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS) durch verstärkte Kooperation fortzufahren
- » Annahme eines Mandats für die Kommission zur Verhandlung von aktualisierten Zinsertragssteuerregelungen mit der Schweiz, Liechtenstein, Monaco, Andorra und San Marino
- » Annahme von Empfehlungen des Rates an das Europäische Parlament zur Entlastung des allgemeinen EU-Haushaltsplans 2011
- » Fortschrittsbericht über die Energiebesteuerungsrichtlinie
- » Fortschrittsbericht über die Richtlinie über Zentralverfahrer (CSD)

Justiz und Inneres (JI)

- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über eine Verordnung zur gegenseitigen Anerkennung von Schutzmaßnahmen in Zivilsachen
- » Einigung in erster Lesung über das Gemeinsame Europäische Asylsystem (Asylverfahrensrichtlinie und Eurodac-Verordnung)
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über die Gesetzgebungsvorschläge zur Verwaltung des Schengen-Systems (Verordnung zur Einführung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und eine Änderung

des Schengener Grenzkodex zur Einführung gemeinsamer Regelungen über die vorübergehende Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen in Ausnahmefällen)

- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über die Verordnung für technische Änderungen des Schengener Grenzkodexes – Regelungen für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex) und des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen
- » Politische Einigung mit dem Europäischen Parlament über eine Richtlinie über das Recht auf Rechtsbeistand in Strafverfahren
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über den Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung des Europäischen Grenzüberwachungssystems (EUROSUR)
- » Allgemeiner Ansatz über die Richtlinie zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union
- » Standpunkt des Rates und Beginn der Gespräche mit dem Europäischen Parlament über den Vorschlag für einen über ein Unionsverfahren für den Katastrophenschutz
- » Einführung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II)
- » Unterzeichnung der Rücknahmeabkommen mit Kap Verde und Armenien
- » Unterzeichnung der Visaerleichterungsabkommen mit Kap Verde und Armenien
- » Einführung eines Mehrjährigen Finanzrahmens für 2013-2017 für die EU-Agentur für Grundrechte
- » Abschluss der Verhandlungen über den Vorschlag des Beitritts der EU zum Europäischen Übereinkommen über die Menschenrechte und Grundfreiheiten (EGMR)
- » Schlussfolgerungen des Rates über Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit und den Bericht der Kommission von 2012 über die Anwendung der Charta der Grundrechte der EU
- » Schlussfolgerungen des Rates über ein EU-Rahmenwerk für die Information über die Rechte von Opfern von Menschenhandel
- » Schlussfolgerungen des Rates über die stärkere Einbindung von Sicherheitsbehörden in sicherheitsrelevante Forschungs- und Industriepolitik
- » Schlussfolgerungen des Rates über die Festlegung der Prioritäten der EU für den Kampf gegen schwere und organisierte Kriminalität für den Zeitraum 2014-2017
- » Schlussfolgerungen des Rates zur Änderung der Strategie der EU zur Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung für den Terrorismus

- » Schlussfolgerungen des Rates in Reaktion auf die Mitteilung der Kommission über das Europäische Modell für den Informationsaustausch
- » Schlussfolgerungen des Rates über die Auswirkungen der von 2011 bis 2012 von Island, Norwegen, Finnland, Schweden und Italien durchgeführten Schengen-Evaluierung
- » Schlussfolgerungen des Rates über die Schengen-Evaluierung des SIS/SIRENE-Büros in Dänemark, Island und Norwegen
- » Einigung über die operative und strategische Zusammenarbeit zwischen Liechtenstein und Europol
- » Einigung über ein EU-weites Verbot der Herstellung und Vermarktung der psychoaktiven Substanz 4-Methylamphetamin, auch bekannt als 4-MA
- » Einigung über neue technische Vereinbarungen für die weiterhin gewährleistete Funktionsweise des Visa-VISION-Systems nach der Zusammenlegung von SIS 1 und SIS II
- » Annahme des EU-Aktionsplans zur Drogenbekämpfung 2013-2016
- » Annahme von Beschlüssen zum Abschluss von Abkommen zwischen der EU und der Republik Moldau und der Ukraine zur Änderung der Vereinbarungen über die Erleichterung der Visumserteilung
- » Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung zur Einrichtung einer Mobilitätspartnerschaft zwischen dem Königreich Marokko und der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten
- » Annahme des Berichtes über die Umsetzung von Artikel 102A des Schengener Durchführungsübereinkommens während der Jahre 2010 und 2011
- » Fortschrittsbericht über Schlüsselaspekte des Datenschutzpakets



Vizepremier (Tánaiste) Eamon Gilmore beim Informellen Treffen der Außenminister

Landwirtschaft und Fischerei (AGRIFISH)

- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über die Verordnung über die Verbringung von Heimtieren zu anderen als Handelszwecken (Haustier-Reisepässe)
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über die Richtlinie hinsichtlich der tierseuchenrechtlichen Bedingungen für den Handel innerhalb der Union mit Hunden, Katzen und Frettchen und deren Einfuhr in die Union
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über die sogenannten "Breakfast Omnibus" Richtlinien
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über den Vorschlag für das Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen (INLB)
- » Politische Einigung mit dem Europäischen Parlament zur Einführung von Regelungen für Direktzahlungen an Landwirte im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik
- » Politische Einigung mit dem Europäischen Parlament über die Einführung einer gemeinsamen Marktorganisation in der Agrarpolitik
- » Politische Einigung mit dem Europäischen Parlament über Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der Gemeinsamen Agrarpolitik
- » Politische Einigung mit dem Europäischen Parlament über die Unterstützung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)
- » Einigung in zweiter Lesung mit dem Europäischen Parlament über die Grundverordnung über die Gemeinsame Fischereipolitik
- » Einigung in zweiter Lesung mit dem Europäischen Parlament über die gemeinsame Marktorganisation im Bereich Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse
- » Annahme einer Verordnung des Rates über ein Rahmenwerk für die künftige Ausrichtung der biologischen Landwirtschaft in der EU
- » Annahme einer Verordnung des Rates zur Regelung von Förderungen und Rückzahlungen im Zusammenhang mit der gemeinsamen Marktorganisation in der Agrarpolitik
- » Annahme eines Beschlusses über die Unterzeichnung eines Protokolls über Fangmöglichkeiten zwischen der EU und der Republik Côte d'Ivoire im Namen der EU
- » Annahme eines Beschlusses, der die Kommission ermächtigt, in Vertretung der EU Verhandlungen für ein neues Protokoll über ein Partnerschaftliches Fischereiabkommen mit der Republik Seychellen zu eröffnen
- » Annahme einer Verordnung zum Schutz von jungen Meerestieren

- » Annahme einer Verordnung zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen in den EU-Gewässern sowie für EU-Schiffe in bestimmten Nicht-EU-Gewässern
- » Weiterführender Dialog über das partnerschaftliche Fischereiabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Königreich Marokko
- » Präsentation und erste Prüfung des Vorschlags für eine Richtlinie über einen mehrjährigen Wiederauffüllungsplan für Roten Thun im Ostatlantik und im Mittelmeer
- » Schlussfolgerungen des Rates über Rahmenwerk für die künftige Ausrichtung der biologischen Landwirtschaft in der EU
- » Vertretung der EU-Position durch den Ratsvorsitz beim Waldforum der Vereinten Nationen (UNFF) von 8.-19. April in Istanbul
- » Grundsätzliche Einigung auf technischer Ebene über aromatisierte Weinerzeugnisse, die eine rasche Annahme ermöglichen wird
- » 2013/139/EU: Beschluss des Rates zur Festlegung des im Namen der Europäischen Union im Internationalen Zuckerrat in Bezug auf die Verlängerung des Internationalen Zucker-Übereinkommens von 1992 zu vertretenden Standpunkts



Minister Coveney und der Vorsitzende des Ausschusses für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung im Europäischen Parlament Paolo De Castro

Wettbewerbsfähigkeit (COMPET)

- » Einigung in erster Lesung und Abstimmung im Europäischen Parlament über die Rechnungslegungsrichtlinie
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über die Modernisierung der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über Horizont 2020 (vorbehaltlich der endgültigen Zustimmung durch die Institutionen)
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über die Strategische Innovationsagenda des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT) und über die Änderung der Verordnung von 2008 zur Einrichtung des EIT (vorbehaltlich der endgültigen Zustimmung der Institutionen)
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über den Zollkodex der Union (Neufassung)
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung eines Aktionsprogramms für das Zollwesen in der Europäischen Union für den Zeitraum 2014-2020 (Zoll 2020)
- » Einigung in erster Lesung über die Änderung der Verordnung 273/2004 betreffend Drogenausgangsstoffe (innergemeinschaftliche Kontrolle und Überwachung bestimmter Substanzen, die zur Herstellung von Suchtstoffen verwendet werden)
- » Einigung in erster Lesung über eine Richtlinie zur Festlegung von Vorschriften für die Überwachung des Handels mit Drogenausgangsstoffen zwischen der Gemeinschaft und Drittländern
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über die Richtlinie über pyrotechnische Gegenstände (Teil eines Pakets mit neun technischen Harmonisierungsrichtlinien, die zusammen den Neuen Rechtsrahmen/ Angleichungspaket ergeben).
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über das COSME-Programm 2014-2020 für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und KMU und zur Verbesserung des Zugangs zu Finanzierungsmöglichkeiten von KMU
- » Erste Prüfung der EU-Richtlinie zur kollektiven Rechtewahrnehmung im Rat mit dem Ergebnis, dass der AStV inzwischen kurz vor dem Erhalt eines Verhandlungsmandats mit dem Europäischen Parlament steht

- » Vorläufiges Abkommen mit dem Europäischen Parlament über die drei Richtlinien aus dem Paket über das öffentliche Vergabewesen (unterliegen der endgültigen Zustimmung der Institutionen)
- » Schlussfolgerungen des Rates über Folgemaßnahmen zu den Mitteilungen der Kommission über intelligente Rechtsetzung "Regulatorische Eignung der EU-Vorschriften" und "Anpassung an die Bedürfnisse kleiner und mittlerer Unternehmen"
- » Schlussfolgerungen des Rates über die Mitteilung "Raumfahrtindustriepolitik der EU – Entfaltung des Wachstumspotenzials im Raumfahrtsektor"
- » Schlussfolgerungen des Rates zur Begrüßung einer neuen EU-Strategie zur "Verstärkung und Fokussierung der internationalen Zusammenarbeit in Sachen Forschung und Innovation: ein strategischer Ansatz"
- » Schlussfolgerungen des Rates zur Mitteilung der Kommission über "Hochleistungsrechnen: Europas Position im weltweiten Wettlauf"
- » Schlussfolgerungen des Rates über die Herstellung zweckdienlicher Verbindungen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Weltraumorganisation
- » Schlussfolgerungen des Rates über die Stärkung der Sicherheit der Lieferkette und Zollrisikomanagement
- » Schlussfolgerungen des Rates über den Europäischen Forschungsraum (EFR)
- » Einigung über den Allgemeinen Ansatz zum Vorschlag der Kommission (überarbeitete Verfahrens- und die Ermächtigungsverordnungen) zur Reformierung der EU-Rechtsvorschriften für staatliche Beihilfen im Rahmen der Initiative zur Modernisierung des EU-Beihilferechts
- » Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des Vertrags von Peking zum Schutz von audiovisuellen Darbietungen im Namen der Europäischen Union
- » Beschluss des Rates zur Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation über Drogenausgangsstoffe
- » Beschluss des Rates zur Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der Europäischen Union und Kanada über die Zusammenarbeit im Zollbereich im Hinblick auf die Sicherheit der Lieferkette
- » Absegnung der Einigung über ein Einheitliches Patentgericht durch 25 Mitgliedsstaaten
- » Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens zwischen der EU und der Schweizerischen Eidgenossenschaft im Bereich Wettbewerbsfähigkeit
- » Politischer Diskurs Informellen und Formellen Treffen des Rates "Wettbewerbsfähigkeit" über Urheberrechtsfragen im Hinblick auf die Modernisierung des Schutzes von Urheberrechten

- » Politischer Diskurs beim Informellen und Formellen Treffen des Rates
"Wettbewerbsfähigkeit" über Vorschläge für beiderseitig vereinbarte Verträge im Bereich Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum
- » Politischer Diskurs beim Informellen und Formellen Treffen des Rates
"Wettbewerbsfähigkeit" über die EU-Industriepolitik, insbesondere über fortgeschrittene Fertigungstechnologien und Schlüsseltechnologien (KET) sowie deren Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten
- » Fortschrittsbericht und Orientierungsaussprache über einen Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über spezifische Anforderungen an die Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse und über einen Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EC über Abschlussprüfungen von Jahresabschlüssen und konsolidierten Abschlüssen
- » Fortschrittsbericht über den Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einrichtung eines Programms zur Unterstützung der Beobachtung und Verfolgung von Objekten im Weltraum
- » Annahme einer Richtlinie zum Alternativen Streitbeilegungsverfahren (ADR) und zur Online-Streitbeilegung
- » Annahme einer Verordnung zur Festlegung neuer Sicherheits- und umwelttechnischer Bestimmungen für Traktoren und andere land-beziehungsweise forstwirtschaftliche Fahrzeuge
- » Annahme von Verordnungen über Europäische Risikokapitalfonds und Europäische Fonds für soziales Unternehmertum
- » Annahme einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 450/2008 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaft (Modernisierter Zollkodex) hinsichtlich ihres Geltungsbeginns
- » Annahme einer Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1344/2011 zur Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für bestimmte landwirtschaftliche und gewerbliche Waren sowie Fischereierzeugnisse
- » Annahme einer Verordnung des Rates zur Eröffnung und Verwaltung autonomer Zollkontingente der Union für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und gewerbliche Waren
- » Annahme einer Verordnung des Rates zum Verzicht auf die Anforderung, für im Korridor von Neum beförderte Unionswaren summarische Eingangs- und Ausgangsanmeldungen einzureichen
- » Annahme einer Verordnung zur Durchsetzung der Rechte geistigen Eigentums durch die Zollbehörden

- » Unterzeichnung des WIPO-Vertrag über den Schutz des geistigen Eigentums über den Zugang zu von Sehbehinderten veröffentlichten Arbeiten
- » Koordinierung des Standpunkts der EU für unterschiedlichste internationale Treffen, wie beispielsweise WZO, ASEM, Gemischter Ausschuss für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens und bilaterale Treffen zwischen der EU und Drittstaaten
- » Erste Lesung des Vorschlags über die Sicherheit von Verbraucherprodukten (Teil des Pakets der Binnenmarktakte II)
- » Erste Lesung des Vorschlags zur Marktüberwachung (Teil des Pakets der Binnenmarktakte II)



Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO)

- » Im Anschluss an die Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament – Annahme die Richtlinie über Vorschriften zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch physikalische Einwirkungen (elektromagnetische Felder)
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über die Verordnung zum Schutz von Bürgern gegen ernste grenzüberschreitende Gesundheitsrisiken
- » Politische Einigung mit dem Europäischen Parlament über das ‘Employment and Social Innovation programme’ (ursprünglicher Vorschlag unter dem Titel ‘Programm für sozialen Wandel und soziale Innovation’ (PSCI))
- » Allgemeiner Ansatz über eine Richtlinie über Mindestvorschriften zur Erhöhung der Mobilität von Arbeitnehmern durch Verbesserung der Begründung und Wahrung von Zusatzrentenansprüchen
- » Allgemeiner Ansatz über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung
- » Allgemeiner Ansatz über die Richtlinie über Tabakerzeugnisse
- » Allgemeiner Ansatz zu dem Beschluss des Rates zur Ermächtigung der Mitgliedsstaaten, das IAO-Übereinkommens Nr. 170 (Chemikalien) zu ratifizieren
- » Beschluss zur Ermächtigung der Mitgliedsstaaten, das Übereinkommen über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte, 2011, der Internationalen Arbeitsorganisation im Interesse der Europäischen Union zu ratifizieren
- » Empfehlung des Rates zur Einführung einer Jugendgarantie
- » Schlussfolgerungen des Rates zur Mitteilung: Sozialinvestitionen für Wachstum und sozialen Zusammenhalt
- » Schlussfolgerungen des Rates zum Voranbringen der Rolle der Frau als Entscheidungsträger in den Medien
- » Erklärung zum eHealth Aktionsplan für innovatives grenzüberschreitendes Gesundheitswesen
- » Annahme der EU-Leitlinien für das am 18./19. Juli in Moskau stattfindende Treffen der Arbeits- und Beschäftigungsminister der G20-Länder
- » Fortschrittsbericht über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Durchsetzung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen
- » Fortschrittsbericht über die Verordnung zum Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen

- » Fortschrittsbericht über den Vorschlag für eine Richtlinie zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften und über damit zusammenhängende Maßnahmen
- » Fortschrittsbericht über den Vorschlag für eine Richtlinie zur Durchsetzung des Prinzips der Gleichbehandlung aller Personen unabhängig von Religion oder Glauben, Behinderung, Alter oder sexueller Ausrichtung (Anti-Diskriminierungsrichtlinie)
- » Fortschrittsbericht über Vorschlag für Richtlinien über Medizinprodukte und In-Vitro-Diagnostika
- » Erste Lesung und Fortschrittsbericht über den Vorschlag für eine Verordnung über Klinische Prüfungen mit Humanarzneimitteln
- » Annahme der EU-Leitlinien für das Treffen der Arbeits- und Beschäftigungsminister der G20-Länder

Europäisches Semester

- » Schlussfolgerungen des Rates über den Jahreswachstumsbericht 2013
- » Annahme des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts 2013
- » Annahme eines Beschlusses zur Billigung der Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedsstaaten für 2013
- » Annahme des Entwurfs von Schlussfolgerungen des Rates zu nationalen Reformprogrammen 2013 jedes Mitgliedsstaates, einschließlich Verfahren bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht (MIP)
- » Billigung der Stellungnahmen des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz bezüglich Beurteilung der nationalen Reformprogramme (2013) und der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen 2012
- » Billigung der Berichte des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz zur Bewertung des Pakets mit Empfehlungen des Rates zu Querschnittsfragen für 2013
- » Billigung der (vom Beschäftigungsausschuss vorbereiteten) Leistungsüberwachung im Bereich Beschäftigung

Umwelt (ENVI)

- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über das 7. Umweltaktionsprogramm
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über den Vorschlag für die 'Stop the Clock' Emissionshandelsrichtlinie im Flugverkehr
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über die Richtlinie zu prioritären Stoffe im Bereich der Wasserpolitik
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über die Batterienrichtlinie
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über die Schifffrecycling-Richtlinie
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über die Verordnung über das Programm für Umwelt- und Klimapolitik (LIFE) (vorbehaltlich der endgültigen Zustimmung der Institutionen)
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über die Verordnung zur Reduzierung der CO₂-Emissionen von PKW (vorbehaltlich der endgültigen Zustimmung der Institutionen)
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über die Verordnung zur Reduzierung der CO₂-Emissionen von Kleintransportern (vorbehaltlich der endgültigen Zustimmung der Institutionen)
- » Schlussfolgerungen des Rates über die EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel
- » Absegnung der Schlussfolgerungen des Rates über "die übergreifende Post-2015-Agenda"
- » Fortschrittsbericht über die Neufassung der Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)
- » Fortschrittsbericht über Richtlinie zu fluorierten Gasen (F-Gasen)
- » Fortschrittsbericht über die Richtlinie über indirekte Landnutzungsänderungen (ILUC)
- » Fortschrittsbericht über die Verordnung über den gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen und eine gerechte Aufteilung derer Nutzen
- » Gemeinsamer Dialog der Umwelt- und Energieminister über den Rahmen der Kommission für die Klima- und Energiepolitik bis 2030
- » Annahme eines Beschlusses zur Ermächtigung der Kommission Verhandlungen über die Verbindung der EU-Emissionshandelsrichtlinie mit dem Emissionshandelssystem in Australien

Vertretung der EU

Der irische Ratsvorsitz hat für die EU erfolgreiche Verhandlungen in einer Vielzahl von Bereichen geführt, unter anderem:

- » Einigung über ein globales, rechtlich bindendes Abkommen über Quecksilber mit dem Titel 'Minamata Convention on Mercury' (dt. Minamata Konvention über Quecksilber)
- » Voranbringen der Arbeit an den nachhaltigen Entwicklungszielen beim UNEP-Verwaltungsrat (erstes Treffen des Regierungsrates mit universeller Mitgliedschaft)
- » Die bislang ersten aufeinanderfolgenden Konferenzen der Vertragsparteien der UN-Konventionen im Chemikalien- und Abfallbereich (Basel, Rotterdam und Stockholm), die zu über 40 wichtigen Beschlüssen für verbesserten Umweltschutz geführt haben
- » Verhandlungen über Klimafragen bei der Kopenhagener UNO-Klimakonferenz in Vorbereitung der im November in Warschau stattfindenden COP19-Verhandlungen im Zusammenhang mit dem Übereinkommen über die weiträumige grenzüberschreitende Luftverschmutzung
- » Übereinkommen von Aarhus über den Zugang zu Informationen und zu Gerichten in Umweltangelegenheiten
- » Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über ozonabbauende Stoffe
- » Espoo-Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung (SUP-Protokoll) und die strategische Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) haben zu Einigungen über eine Reihe von Maßnahmen geführt
- » Einigung über eine Reihe von Resolutionen bei der 24. Tagung des Verwaltungsrates von UN-Habitat in Nairobi
- » Annahme von wichtigen Beschlüssen zum Schutz gefährdeter Arten, insbesondere im Bereich Meerespolitik, im Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES)
- » Arbeitsgruppe der UN-Generalversammlung über den Standardprozess bei der Bewertung der weltweiten Meeresumwelt
- » Treffen im Rahmen des informellen UN-Konsultationsprozess über Ozeane und das Seerecht, mit Schwerpunkt auf Auswirkungen der Versauerung der Ozeane
- » Beratungen der UN-Generalversammlung über eine verbesserte Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere in Gebieten, die keiner nationalen Hoheitsgewalt unterliegen



Konferenz "Hunger, Ernährung, Klimagerechtigkeit" in Dublin Castle

Transport, Telekommunikation und Energie (TTE)

- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament zur Weiterverwendung von Information des öffentlichen Sektors
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über die Richtlinie zur Sicherheit von Offshore-Erdöl- und -Erdgasaktivitäten
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über die Richtlinie für ein neues Mandat für die Arbeit der Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA)
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über die Verordnung betreffend den Aufbau und den Betrieb der europäischen Satellitennavigationssysteme (Galileo und EGNOS)
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über die Flaggenstaatrichtlinie (Teil des Paket Sicherheit im Seeverkehr)
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über eine Richtlinie über Sportboote und Wassermotorräder

- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Leitlinien für das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-Verkehr)
- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Infrastrukturfazilität "Connecting Europe"
- » Einigung in zweiter Lesung über eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3821/85 des Rates über das Kontrollgerät im Straßenverkehr und der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (Tachometer-Richtlinie)
- » Einigung über einen Allgemeinen Ansatz des Rates zur Interoperabilitätsrichtlinie (Neufassung) (Teil des vierten Eisenbahnpakets)
- » Einigung über einen Allgemeinen Ansatz des Rates hinsichtlich der Richtlinie über die Meldung von Ereignissen in der Zivilluftfahrt
- » Einigung über einen Allgemeinen Ansatz des Rates hinsichtlich der Richtlinie über Schiffsausrüstung
- » Einigung über einen Allgemeinen Ansatz des Rates über die technische Unterwegskontrolle von Nutzfahrzeugen (Teil des Verkehrstauglichkeitspakets)
- » Einigung über einen Allgemeinen Ansatz des Rates hinsichtlich Überarbeitung der Richtlinie aus dem Jahr 1999 über Fahrzeugzulassungsbescheinigungen (Teil des Verkehrstauglichkeitspakets)
- » Einigung über eine überarbeitete Verordnung über die Mitteilung von Investitionsvorhaben für Energieinfrastrukturprojekte
- » Schlussfolgerungen des Rates zur Unterstützung der Einführung einer Europäischen Innovationspartnerschaft mit dem Titel "Intelligente Städte und Gemeinschaften" durch die Kommission
- » Schlussfolgerungen des Rates über die Mitteilung der Kommission "Ein funktionierender Energiebinnenmarkt"
- » Fortschrittsbericht über die Richtlinie über indirekte Landnutzungsänderungen (ILUC) zur Änderung der Richtlinien über erneuerbare Energien und Kraftstoffqualität
- » Fortschrittsbericht über elektronische Identifizierung (eID) und elektronische Vertrauensdienste
- » Fortschrittsbericht über die Web-Zugangsinitiative (WAI)
- » Fortschrittsbericht zur Senkung der Kosten von Hochgeschwindigkeitsbreitbanddiensten

- » Orientierungsaussprache über die Mitteilung der Kommission über Technologien und Innovationen im Energiebereich, die in die derzeitigen Überlegungen über Prioritäten für Forschung, Entwicklung und Innovation im Energiesektor bis 2020 und darüber hinaus einfließen
- » Orientierungsaussprache über das Paket der Kommission "Saubere Energie für den Verkehr"
- » Annahme eines Ratsbeschlusses über den Abschluss eines Protokolls zur Umsetzung des Übereinkommens zum Schutz der Alpen (Alpenkonvention) im Bereich Verkehr
- » Gemeinsame Gespräche zwischen Energie- und Umweltminister über das Grünbuch der Kommission "Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030"

Bildung, Jugend, Kultur und Sport (BJKS)

Bildung

- » Einigung in erster Lesung mit dem Europäischen Parlament über Erasmus+, das neue EU-Unterstützungsprogramm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport
- » Schlussfolgerungen des Rates zu Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung — eine Antwort auf die Mitteilung “Neue Denkansätze für die Bildung: bessere sozioökonomische Ergebnisse durch Investitionen in Qualifikationen“ und den Jahreswachstumsbericht 2013
- » Schlussfolgerungen des Rates zur sozialen Dimension der Hochschulbildung
- » Einführung von U-Multirank, einem neuen Universität-Rankingsystems

Jugend

- » Schlussfolgerungen des Rates zur Maximierung des Potentials der Jugendpolitik im Hinblick auf die Ziele der Europa 2020-Strategie
- » Schlussfolgerungen des Rates zum Beitrag einer qualitätvollen Jugendarbeit zur Entwicklung, zum Wohlbefinden und zur sozialen Inklusion junger Menschen

Kultur

- » Einigung des Rates über das Programm “Europa für Bürgerinnen und Bürger“
- » Allgemeiner Ansatz zum Vorschlag für einen Beschluss über eine Maßnahme der Union für europäische Kulturhauptstädte von 2020-2033
- » Bestandsaufnahme über die Schlussfolgerungen aus dem Jahr 2008 zu Architektur
- » Debatte über Reform und Format des Rates der Kulturminister
- » Ernennung der Europäischen Kulturhauptstädte für 2017 und 2018

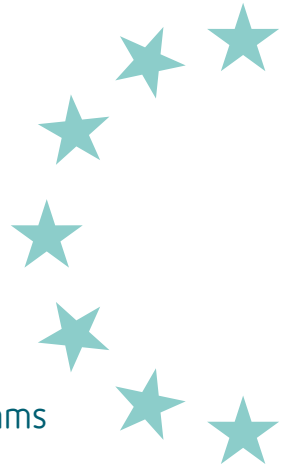
Sport

- » Schlussfolgerungen des Rates zu dualen Karrieren von Sportlern
- » Annahme einer Empfehlung für einen Beschluss des Rates zur Ermächtigung der Europäischen Kommission zur Teilnahme, im Namen der EU an den Verhandlungen über ein internationales Übereinkommen des Europarates zur Bekämpfung der Manipulation von Sportergebnissen

929



Events in aller Welt im Rahmen des Kulturprogramms des Ratsvorsitzes "Culture Connects"



420

Internationale Events im Rahmen von "Culture Connects" in den EU-Mitgliedsstaaten, Kroatien, Australien, Bosnien, Serbien, China, Norwegen, Schweiz, Russland, Türkei und Hongkong



175,000



509

Events im Rahmen des Kulturprogramms des Ratsvorsitzes in ganz Irland

Besucher der Eileen-Gray-Ausstellung in Paris, das sind im Durchschnitt etwa 2.200 pro Tag



TEIL III:
KULTURPROGRAMM
DES IRISCHEN
RATSVORSITZES

Der irische Ratsvorsitz bot Kunstliebhabern in der ganzen Welt – von der irischen Grafschaft West Cork bis hin nach Westaustralien – die einzigartige Gelegenheit, in die durch eine Vielzahl von Kunstformen wie Film, Musik, bildende Kunst und Literatur geprägte, reiche Kunstlandschaft Irlands einzutauchen.

Hier einige Highlights aus dem Kulturprogramm des irischen Ratsvorsitzes:

Poetry Project – Online-Event

Poetry Project ist ein einzigartiges Zusammenspiel irischer Dichter und bildender Künstler zur Feier des irischen Ratsvorsitzes. Die Initiative lockte bis dato fast 50.000 Besucher auf die Website www.thepoetryproject.ie und die Initiatoren freuen sich über die Beliebtheit der Projekts mit insgesamt beinahe 100.000 Seitenzugriffen.

40. Jahrestag des EU-Beitritts Irlands, Nationalarchiv – Dublin

Das Nationalarchiv eröffnete die Ausstellung zur Feier von 40 Jahren Irland in der EU, die inzwischen in dem Nationalmuseum Collins Baracks besichtigt werden kann. Diese Wanderausstellung wird noch bis Ende 2013 durch das Land reisen.

Ausstellung Kaleidoscope – Dublin

Seit vielen Jahrhunderten genießt Irland starke historisch-kulturelle Bande zu Europa und unser irischer Ratsvorsitz bot die hervorragende Gelegenheit, diese Beziehung zu feiern und weiter auszubauen.

Die Ausstellung *Kaleidoscope: Zeitgenössische Kunst aus den EU-Mitgliedsstaaten* zeigte ausgewählte Werke zeitgenössischer Künstler aus den 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

Die vertretene Bandbreite an Werken spiegelte die zeitgenössische Kunst aus einer Vielzahl europäischer Länder wider, die die unterschiedlichsten Medien verwenden – Video, Zeichnungen, Skulptur, Drucke und Malerei. Die einzigartige Sichtweise jedes einzelnen Künstlers zeigt wie vielfältig die zeitgenössische Kunst in Europa ist.

Skylum – Brüssel

Der preisgekrönte Künstler Andrew Kearney wurde ausgewählt, für die Dauer des irischen Ratsvorsitzes das Hauptgebäude des Rates der Europäischen Union Justus Lipsius mit einer Kunstinstallation zu schmücken. Die so entstandene Installation Skylum reagiert auf die Nähe von Personen beziehungsweise auf ihre Bewegungen unterhalb der Skulptur, sodass Licht und Ton des Kunstwerks sich ständig ändern.

Laut Schätzungen konnten mehr als 100.000 Menschen Skylum bewundern.

Offizielles Eröffnungskonzert – Brüssel

Den Auftakt des Kulturprogramms des irischen Ratsvorsitzes *Culture Connects* lieferte die traditionelle Superband *The Gloaming* Anfang Januar mit einem Konzert in Brüssel für 700 geladene Gäste.

Das Konzert wurde auf der Website von Culture Ireland sowie auf der Website des irischen Ratsvorsitzes live übertragen.

Jim Sheridan Retrospektive – Brüssel

Das Irish Film Institute (IFI) zeigte in Zusammenarbeit mit der Cinematek in Brüssel eine tiefgründige Retrospektive der Filme von Jim Sheridan, einem der meist bewunderten und erfolgreichen Filmregisseure Irlands. Das Programm, das von Sheridan selbst kuratiert wurde, wurde in mehreren Spielorten in Brüssel präsentiert und erfreute sich regen Interesses.

Fabulous Beast Tanztheater auf Tour – Frankreich und Österreich

Die Produktion *Rian* des Tanztheater-Ensembles *Fabulous Beast* tourte im Rahmen des Kulturprogramms des irischen Ratsvorsitzes durch Frankreich und Österreich. Die Aufführung im Theatre de la Ville im März in Paris war bereits Monate im Voraus ausgebucht und feierte einen Besucherrekord von über 5.000 Menschen.

Gerard Byrne Einzelausstellung – London

Die Ausstellung in der Whitechapel Gallery in London zeichnete Byrnes Schaffen in den Jahren 2003 bis heute nach und beinhaltete sieben Filminstallationen, eine Reihe von Fotografien und die britische Premiere seiner jüngsten Installation auf mehreren Bildschirmen *A man and a woman make love* (2012). Über 48.000 Besucher konnten die Ausstellung in der Whitechapel Gallery bewundern. Gerard Byrne wurde für die Auszeichnung 'Times (UK) South Bank Breakthrough Award' nominiert.

Eileen Gray-Ausstellung – Paris

Das Pariser Centre Pompidou zeigte von Februar bis März 2013 eine Retrospektive des einzigartigen Schaffens der irischen Designerin Eileen Gray. Die in der Ausstellung präsentierte Auswahl an Arbeiten, Möbelstücken, Fotos und Architekurexperimenten der 1920er und 1930er ist eine Hommage an die hervorragende Designerin, deren Arbeit vom Jugendstil bis zur Moderne reichen. Mehr als 175.000 Besucher sahen die Ausstellung, mit einem Durchschnitt von mehr als 2.200 Besuchern pro Tag.

Centre Culturel Irlandais – Paris

Das Centre Culturel in Paris feierte mit einer Reihe von Ausstellungen das Werk des irischen Ingenieurs Peter Rice, der an vielen für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts bedeutenden Bauten, wie zum Beispiel dem Sydney Opera House und der Louvre Pyramide in Paris, mitgearbeitet hat.

Die *Fête de la Musique*, bei der eine Reihe irischer Musiker aufgetreten sind – wie unter anderem die traditionelle Superband The Gloaming und der Band Delorentos – feierte in diesem Jahr Besucherströme von etwa 2.000 Menschen. Der irische Literatur-Nobelpreisträger Seamus Heaney war einer von zahlreichen irischen Künstlern, die am diesjährigen *Marché de la Poésie and sa Périphérie* teilgenommen haben.

Bologna Buchmesse – Bologna

Ireland Literature Exchange und Children's Books Ireland waren gemeinsam Kuratoren einer der prestigeträchtigsten Literaturveranstaltungen diesen März – einer Ausstellung irischer Autoren, unter anderen John Boyne.

Richard Mosse – Venedig

Der irische Künstler und Fotograf Richard Mosse wurde ausgewählt, Irland bei der diesjährigen Kunstbiennale in Venedig zu vertreten, die Ende Mai eröffnet wurde und enormes internationales Medieninteresse hervorgerufen hat. Die Biennale zieht jährlich etwa 400.000 Besucher an.

Chaoyang Festival – Peking


Irland war Ehrengastland beim Chaoyang Festival in Peking, das zeitgleich mit dem chinesischen Neujahr im Februar stattgefunden hat. Eine halbe Million chinesischer Bürgerinnen und Bürger konnten irische Musik, Tanz, Straßentheater und Ausstellungen über einen Zeitraum von sechs Tagen genießen und lernten dabei Irland als Tourismus- und Studienland sowie als ein Land für Geschäftsmöglichkeiten kennen.



Ausstellung "The Enclave" von Richard Mosse



Kulturveranstaltungen im Rahmen des Ratsvorsitzes in Irland und ganz Europa



TEIL IV:
DER IRISCHE
RATSVORSITZ
IN ZAHLEN

- 181** Tage hatte Irland den Vorsitz im Rat der Europäischen Union inne
- 200** erzielte Einigungen, einschließlich mehr als 80 Abkommen in Legislativform (ungefährer Wert)
- 960 Mrd.€** Wert des EU-Budgets für die nächsten sieben Jahre (MFR), beinhaltet u.a.:
- bis zu 8 Mrd.€** zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
 - 360 Mrd.€** für die reformierte Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)
 - 70 Mrd.€** Horizont 2020-Programm für Forschung und Innovation
 - 30 Mrd.€** für die Fazilität "Connecting Europe" zur Verbesserung der Transport-, Energie- und Telekommunikationsinfrastruktur
 - 16 Mrd.€** Erasmus+ Programm für allgemeine und berufliche Bildung
 - 2 Mrd.€** für das COSME-Programm zu Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der 20 Mio. KMU in der EU
 - 3 Mrd.€** für das LIFE-Programm zur Finanzierung von Projekten im Umweltbereich
- 2.477** Konferenzen und Tagungen unter irischem Ratsvorsitz, unter anderem:
- 374** Triloge mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament
- 54** Ratstagungen unter Vorsitz irischer Minister
- 185** Veranstaltungen des Ratsvorsitzes in Irland
- 24.000+** Besucher sind nach Irland gekommen
- 11** Informelle Ratstreffen in Irland
- 97%** der Delegierten, die im April im Rahmen des Ratsvorsitzes nach Irland gekommen sind, bewerteten ihre Erfahrungen insgesamt als sehr gut oder gut
- 37%** der Delegierten aus derselben Studie besuchten Irland zum ersten Mal
- 111** Stunden verbrachten der irische Premierminister, Vizepremier und die jeweiligen irischen Minister im Europäischen Parlament
- 76** Debatten des Europäischen Parlaments an denen irische Minister teilnahmen
- 141** Reden wurden vom irischen Premierminister, Vizepremier und irischen Ministern im Rahmen des irischen EU-Ratsvorsitzes gehalten

- 11** Stunden lang war der längste Tag, den die irische Staatsministerin Lucinda Creighton im Plenum des Europäischen Parlaments verbrachte
- 36** Rekordstunden verbrachte der irische Minister für Landwirtschaft, Lebensmittel und Meeresangelegenheiten Simon Coveney als Vorsitzender von Ratstagungen
- 106** Veranstaltungen in Verbindung mit dem irischen Ratsvorsitz (durchschnittlich **4** pro Woche) wurden in Irland und Europa abgehalten
- 120.000** Meilen reiste Ministerin Creighton bei ihren Besuchen in 44 Ländern
- 1.042** Liter Kaffee und Tee wurden im Medienzentrum in Dublin Castle allein beim ECOFIN-Informal konsumiert
- 55.000** Briefmarken zur Feier von 40 Jahren EU-Mitgliedschaft Irlands wurden von der irischen Post verkauft
- 517.322** Besucher auf der Website des irischen Ratsvorsitzes eu2013ie (Stand 28. Juni)
- 1.536.582** Seitenzugriffe auf eu2013ie
- 213** Länder besuchten die Website eu2013.ie (Zahlen laut Website-Analyse)
- 349** Pressemitteilungen wurden auf eu2013.ie in **4** Sprachen veröffentlicht
- 13.914** Followers auf Twitter – @eu2013ie und @IrelandRepBru – das macht Irland zur Ratspräsidentenschaft mit den meisten Twitter-Followers
- 14.000** haben für das Logo des Ratsvorsitzes abgestimmt
- 100** Aktivitäten und Veranstaltungen in Irland im Rahmen des Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger bei denen...
- 30.000** Menschen an Debatten im Rahmen des Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger teilnahmen.
- 929** Veranstaltungen im Rahmen des Kulturprogramms des irischen Ratsvorsitzes 'Culture Connects' fanden in der ganzen Welt statt, davon...
- 509** in ganz Irland verteilt und

420 internationale 'Culture Connects' Events in anderen EU-Mitgliedsstaaten, sowie Kroatien, Australien, Bosnien, Serbien, China, Norwegen, der Schweiz, der Russischen Föderation, der Türkei und Hong Kong statt

175.000 Besucher bei der Eileen Gray Ausstellung in Paris, mit einem Durchschnitt von **2.200** pro Tag

